Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.] **Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt".** [Telephon Nr 419.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50,** und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1,60.** Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die **Anzeigengebühr** beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15 Pfg.,** für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen um **10 Pfg.,** auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** **Inserate** für die nächste Nummer müssen bis **9** Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 74. **Dienstag, den 29. März 1898.** **5. Jahrgang.**

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote".)

Berlin, den 26. März 1898.

Aus dem Reichstage. In siebenstündiger Sitzung wurde heute der Rest des Flottengesetzes in zweiter Lesung durchgepeitscht. Anders ist das Verfahren der Mehrheit des Reichstages nicht zu bezeichnen. Bei § 2, der die Bindung des Etatsrechts auf 6 Jahre ausspricht kann es noch zu einer längeren Aussprache. Hervorzuheben ist eine Rede des Centrumsabgeordneten Roeren, die klar bewies, daß es im Centrum doch eine gehörige Spaltung gegeben hat, daß der Riß nicht so leicht zu überkleistern sein wird. Außerdem gab es noch eine sehr ergötzliche Auseinandersetzung zwischen den freisinnigen Zwergparteien, in der aber der Abg. Dr. Barth dem Abg. Richter gegenüber entschieden den Kürzeren zog. Herr Bath ist ein Charakter, ein politischer Charakter allererster Güte. In seinem bisherigen stark ländlichen Wahlkreise Hirschberg-Schönau darf er sich seiner Marinefreundlichkeit wegen nicht mehr blicken lassen. Er wird jetzt in Rostock kandidiren und hat in Folge dieser Kandidatur in einer alten See- und Handelsstadt nunmehr auch sein flottenbegeistertes Herz entdeckt. Vielleicht lehren ihm aber dort bei den nächsten Wahlen unsere Genossen Mores. Unsere Genossen, deren Stellung zur Knebelung des Etatsrechts ja schon oft genug klargelegt geworden ist, griffen erst bei § 8 der Deckungsfrage in die Debatte ein. Vom Kostenpunkt wollen die Hurrahschreier immer am wenigsten wissen, deshalb ließen es sich Bebel und Singer bei Begründung der sozialdemokratischen Anträge auf Einführung einer Reichseinkommensteuer für die Kosten der Flotte nicht nehmen, die Frage der Kostenaufbringung so ausführlich wie möglich zu behandeln. Singer fand das richtige Wort als er sagte, mit der von der Mehrheit und der Regierung beliebten Regelung der Kostenfrage werde dem Volke nur Sand in die Augen gestreut.

Nach Annahme der Flottenvorlage wurde auch noch der Marineetat in zweiter Lesung erledigt. Da seine Forderungen nur in der Hauptsache Consequenzen des Flottengesetzes bilden, konnte man sich überflüssiges Reden sparen. So wurde der ganze Etat in kaum einer Stunde bewältigt.

---

70. Sitzung.

Präsident v. Buol eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Am Bundesrathstische: Tirpitz, von Bülow, Graf Posadowsky, von Thielmann, Fürst Hohenlohe.

Die zweite Berathung der Flottenvorlage wird bei § 2 fortgesetzt. Derselbe fordert die Bereitstellung der Mittel für die erforderlichen Ersatzbauten innerhalb für die verschiedenen Schiffstypen erforderlichen Fristen.

v. Buol bittet die Redner, nur zur Sache zu sprechen, da auch die zweite Lesung des Marineetats heute noch beendet werden müsse. Eventuell werde er sonst eine Abendsitzung anberaumen.

Liebermann v. Sonnenberg (A.) behält sich in Folge dieser Ermahnung des Präsidenten vor, den Standpunkt seiner Partei zur Flottenvorlage erst in dritter Lesung zum Ausdruck zu bringen. Eventuell werde er eine Politik der Sammlung treiben d. h die Herren hier zwingen, sich dann zu versammeln, wenn es ihnen nicht angenehm sein dürfte. (Heiterkeit).

Dr. Rintelen (auf der Tribüne schwer verständlich), erklärt sich gegen den § 2, der ihm zu große Bedenken einflöße.

Staatssekretär Tirpitz: Es ist verwunderlich, daß das Aeternat hier Anstoß erregt, während der angenommene § 1 doch auch schon ein Aeternat anregt. Der Lebensnerv der deutschen Flotte liegt in den Ersatzbauten. Ich kann im Namen des Herrn Reichskanzlers erklären, daß im Falle der Ablehnung des Bindungsparagraphen die ganze Vorlage für die Regierung unannehmbar wird, während sie mit der Kommissionsfassung einverstanden ist.

Fuchs (C.): Wenn man dem im § 1 liegenden Aeternat zustimmt, muß man auch dem § 2 zustimmen. Die Aeußerung des Abg. Bebel, das Aeternat sei mit dem Constitutionalismus unvereinbar, ist eine furchtbare Uebertreibung (Lebhafter Widerspruch links). Ich bedaure, daß Herr v. Bennigsen uns vorgeworfen hat, daß wir früher nicht national gewesen sind (Präsident v. Buol: Das gehört nicht zu § 2) Wenn der Abg. Bebel uns das Schicksal der nationalliberalen Partei prophezeit, so werden die nächsten Wahlen das Gegentheil beweisen (Präsident v. Buol: Auch das gehört nicht zu § 2. Große Heiterkeit).

Dr. Barth (FVg.): Obgleich die Gründe für die Bindung für mich nicht durchschlagend sind, so werde ich doch für das ganze Gesetz also auch für § 2 stimmen. Herr Richter, der neulich meinen Artikel in der „Nation" gegen mich ausspielte, hat es früher für absolut ausgeschlossen gehalten, daß sich für das Sexennat eine Mehrheit im Reichstag finden werde. Mittlerweile hat sich eine große Wandlung in der Volksstimmung vollzogen, und wenn man diese Stimmung begriffen hat, soll man in Kleinigkeiten nicht knausern, das konstitutionelle Pathos, schießt hier weit über das Ziel hinaus. Weil ich also weiß, daß die öffentliche Meinung, daß der größte Theil des Volkes dahinter steht, (Lebhafter Widerspruch links.) so werde ich für das ganze Gesetz eintreten.

Roeren (Z.): Es wird hier so dargestellt, als befänden wir uns mit Windthorst in Widerspruch, wenn wir gegen das Aeternat sind. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß Windhorst in dieser Frage auf unserer Seite sein würde. (Sehr richtig! links. Singer: Hört! Hört!) Wir wollen nicht das wichtigste Recht des Reichstags aus der Hand geben Wir wollen, wenn wir unser Mandat in die Hände unserer Wähler zurückgeben, rein dastehen. (Beifall links) Von Windhorst stammt das Wort: Wir bewilligen jeden Mann und jeden Groschen, aber in die Bindung des Etatsrechts willigen wir nicht (Sehr richtig! links.) Für verfassungswidrig hat die Bindung des Etatsrechts noch Niemand erklärt, es liegt hier aber keine Nothwendigkeit vor, auf Jahre hinaus zu bewilligen. Wir können unser einziges Mittel, auch die Regierung einmal unsere Macht fühlen zu lassen um so weniger freigeben als wir uns jetzt kurz vor Schluß der Legislaturperiode befinden. (Beifall im Zentrum und links.)

Dr. Spahn (Z): bestreitet, daß Abg. Roeren ein Recht habe, sich in der Bindungsfrage auf Windhorst zu berufen. Wer für § 1 gestimmt habe, der müsse nun logischerweise auch § 2 bewilligen.

Staatssekretär Graf v Posadowsky: Es heißt parlamentarische Machtbefugnisse über die Fragen der Landesvertheidigung stellen, wenn man der Meinung des verehrten Abg. Roeren beipflichtet. Ueber parlamentarische Machtbefugnisse steht das Wohl des Vaterlandes. (Lebhaftes Oho! bei den Sozialdemokraten.) Meine Herren (zu den Sozialdemokraten), Ihr Widerspruch läßt mich kalt. Eine Partei, die das Eigenthum expropriiren will, eine Partei, die die Monarchie expropriiren will, hat für mich kein politisches Schwergewicht. (Lachen bei den Soz.) Ich bedauere nur, daß es noch Leute giebt, die diese Gefahr nicht anerkannt haben, die eingeschlafen sind über diese Gefahr. (Lachen bei den Soz) Nun, wir werden alles thun, um das Volk aus dem Schlafe aufzurütteln. (Abg. Singer: Wir werden länger hier sitzen als Sie.) Verehrter Herr Abgeordneter Singer, ich stehe hier als Diener S. M. des Kaisers und werde auf diesem Posten bleiben, so lange ich das Vertrauen meines Monarchen genieße. (Abg. Singer: Wir haben das Vertrauen des Volkes! Lebh. Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Mit Vergnügen würde ich jeden Tag diesen Platz verlassen, wenn ich sein Vertrauen nicht mehr besitze. (Unruhe links.) Es ist falsch, wenn behauptet wird, nie sei einem Parlamente so etwas zugemuthet worden. In England hat man bei gleicher Bindung keine etatsrechtlichen Bedenken erhoben. Die Kontinuität unseres gesammten Staatslebens wäre bedroht, wenn ein Parlament nicht das Folgende belasten wollte. Wer die Flotte nicht will, der sucht sich eben seine Gründe auf verfassungsrechtlichem oder finanziellem Gebiete, während es sich bei ihm nur um Parteitaktik handelt. (Widerspruch links, Beifall rechts.)

Richter (FVp.): Jedes Beamtengesetz soll ein Aeternat sein. Wir können doch aber in jedem Etat eine Beamtenstelle als künftig wegfallend bezeichnen, während das Flottengesetz uns gerade die Möglichkeit nimmt, ein Schiff als künftig wegfallend zu bezeichnen. Wir dürfen uns nicht einseitig bei der Marine binden, um auf die Steuerkraft des Volkes und die Ansprüche der übrigen Ressorts die genügende Rücksicht nehmen zu können. (Sehr richtig! links.) Redner erwidert dem Abg. Barth, daß seine Citirung früherer Ausführungen von Mitgliedern der freisinnigen Vereinigung veranlaßt worden sei durch eine Provokation des Abg. Rickert, der davon gesprochen habe, daß Richter die Parteischablone über wichtige Interessen des Vaterlandes setze. Der Abg. v. Bennigsen meinte, wir seien erstaunt und erschrocken, daß die Flottenvorlage sich in so mäßigen Grenzen halte. Als ich die Vorlage im Reichsanzeiger las, äußerte ich zu meiner Umgebung, sie sei derartig, daß ich ihre Annahme durch den Reichstag für ausgeschlossen halte. Wir sind durchaus nicht gegen die Flotte. Bis 1896 habe ich stets ebenso gestimmt, wie der Abg. Barth Herr Barth hat früher die Vorlage nicht nur formell, sondern auch materiell gemißbilligt. Die Möglichkeit, unsere legitimen Handelsinteressen durch Panzer und Kanonen zu schützen, nimmt immer mehr ab, das sagte Herr Barth noch vor einem Jahre. Der Abg. Barth beruft sich auf die öffentliche Meinung; er hat sich beim Börsengesetz, beim Terminhandel nicht durch sie beirren lassen. Wir halten an unserer Ueberzeugung fest und glauben uns damit das Vertrauen unserer Wähler zu erhalten.

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen.

Roeren (Z) weist die grundlose und beleidigende Verdächtigung des Grafen Posadowsky, daß, wer die Flotte nicht will, etatsrechtliche Bedenken vorschütze, zurück.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Eine Beleidigung des Abg. Roeren hat mir fern gelegen.

Staatssekretär Tirpitz verliest Stellen aus dem italienischen Flottengesetz, um die Behauptung des Abg. Richter zu widerlegen, daß keinem Parlament eine ähnliche Vorlage gemacht sei.

Präsident von Buol: Es ist ein von den Abg. v. Levetzow, Graf Hompesch und v. Bennigsen unterzeichneter Antrag eingelaufen, die Debatte, die durch das Eingreifen der Regierungsvertreter wieder eröffnet ist, wieder zu schließen.

Richter (FVp.) protestirt dagegen, daß nach einer thatsächlichen Bemerkung eines Regierungsvertreters von den Mehrheitsparteien ein Schlußantrag eingebracht ist.

Singer (SD.): Ich beantrage über den Schlußantrag namentliche Abstimmung. (Allgemeine Bewegung.)

Die Abgg. v. Bennigsen, Graf Hompesch und v. Levetzow ziehen nach einander ihren Schlußantrag zurück. (Große Heiterkeit.) Die Diskussion wird wieder eröffnet.

Kenter (Z.): Wer es ernst mit der Wahrung der Volksrechte meint, kann dem § 2 nicht zustimmen.

Richter (FVp.) weist die Bemerkungen des Staatssekretärs Tirpitz über das italienische Flottengesetz als völlig unzutreffend zurück

Damit schließt die Diskussion.

In seinem Schlußwort polemisirt der Referent Dr. Lieber gegen die Zentrums-Abgeordneten und Roeren.

Die namentliche Abstimmung über § 2 ergiebt seine Annahme mit 193 gegen 116 Stimmen.

Die §§ 3—6 werden debattelos angenommen.

Auf Antrag des Abg. v. Bennigsen wird die Diskussion über die §§ 7 und 8 (Kosten) verbunden.

§ 7 lautet: Während der nächsten 6 Rechnungsjahre (1898 bis 1903) ist der Reichstag nicht verpflichtet, für sämmtliche einmalige Ausgaben des Marineetats mehr als 408 900 000 Mark, und zwar für Schiffsbauten und Armierungen mehr als 356 700 000 Mark und für die sonstigen einmaligen Ausgaben mehr als die durchschnittliche Steigerung von 4 900 000 Mk. jährlich bereit zu stellen. Soweit sich in Gemäßheit dieser Bestimmung das Gesetz bis zum Ablaufe des Rechnungsjahres 1903 nicht durchführen läßt, wird die Ausführung bis über das Jahr 1903 hinaus verschoben.

§ 8 lautet: Soweit die Summe der fortdauernden und einmaligen Ausgaben der Marineverwaltung in einem Etatsjahr den Betrag von 117 525 494 Mark übersteigt und die dem Reiche zufließenden eigenen Einnahmen zur Deckung des Mehrbedarfs nicht ausreichen, darf der Mehrbetrag nicht durch Erhöhung oder Vermehrung der indirekten, den Massenverbrauch belastenden Reichssteuern gedeckt werden.

Hierzu beantragen die Abg.-Auern Gen. (SD.): 1 anstatt des § 8 der Kommissionsvorlage folgenden Paragraphen zu beschließen:

§ 8: Soweit die Summe der fortdauernden und einmaligen Ausgaben der Marineverwaltung für ein Rechnungsjahr den Betrag von 117 525 494 Mark übersteigt, ist der Mehrbetrag vom 1. April 1899 ab auf dem Wege einer progressiven Reichseinkommensteuer aufzubringen, welcher diejenigen unterworfen sind, die ein jährliches Einkommen von mehr als 6000 Mk. beziehen. Die Normirung der Steuersätze und die Bestimmungen über die Erhebung der Steuer erfolgen durch ein besonderes Gesetz.

2. folgenden § 9 zu beschließen:

§ 9: Uebersteigen die eigenen Einnahmen des Reichs die Ausgaben, so ist der Ueberschuß zurückzuhalten und dergestalt zu verwenden, daß ein Viertel dieses Ueberschusses zur Verminderung der Reichsschuld, der Rest zur Herabsetzung bezw. Aufhebung indirekter Reichssteuern, in erster Linie der Salzsteuer und der Verbrauchsabgabe für Zucker verwendet wird. — Die Verminderung der Reichsschuld erfolgt durch entsprechende Absetzung vom Anleiheisoll. Soweit geeignete Anleihecredite nicht mehr offen stehen, wird über die Art der Schuldentilgung durch den Reichshaushaltsetat Bestimmung getroffen. — Die Herabsetzung bezw. Aufhebung indirekter Reichssteuern erfolgt durch besonderes Gesetz.

Die Abgg. Richter und Gen. (FVp.) beantragen an Stelle des § 8 der Commissionsvorlage die nachfolgenden §§ 8, 9, 10 zu beschließen:

§ 8: Vom 1. April 1899 ab kann eine Vermögenssteuer erhoben werden von allen deutschen Staatsangehörigen, deren bewegliches und unbewegliches Vermögen nach Abzug der Schulden den Gesammtwerth von 100 000 Mk. erreicht. Die Vermögenssteuer beträgt bei einem steuerbaren Vermögen von 100 000 bei 120 000 Mk 50 Mk. und steigt bei größerem Vermögen für jede angefangenen 20 000 Mk. um 10 Mk.

§ 9: Durch den Reichshaushaltsetat wird alljährlich festgestellt, wieviel Monatsraten in Gemäßheit des § 8 zu erheben sind.

§ 10: Bis zum Erlaß eines Reichsgesetzes finden in Bezug auf die Steuerpflicht, den Maßstab der Besteuerung, die Veranlagung, die Veranlagungsperiode und Verminderung der veranlagten Steuer innerhalb derselben, die Steuererhebung, die Strafbestimmungen und die Kosten die §§ 2—16 und 20—47 des Ergänzungssteuergesetzes für die preußische Monarchie vom 14. Juli 1893 sinngemäße Anwendung nach Maßgabe der Bestimmungen einer vom Bundesrath zu erlassenden Verordnung. Welche Behörden in jedem Bundesstaat mit der Veranlagung der Steuer, der Berufung gegen die Veranlagung und der Erhebung zu beauftragen sind, wird von der Centralbehörde des Bundesstaats bestimmt.

Bebel (SD.): Bereits aus den Kommissionsverhandlungen war ersichtlich, daß die eigentliche pièce de resistance bei dieser Vorlage die Deckungsfrage sein werde. Dieselbe Auffassung ist auch in der Presse derjenigen Parteien vertreten worden, die mit einer gewissen Vorsicht dem Gesetz gegenüberstanden. Z. B. äußerte sich die „Köln. Volksztg." wiederholt dahin, daß in der Deckungsfrage das Zentrum unter allen Umständen festbleiben müsse und nicht dulden dürfe, daß die unteren Klassen zur Deckung der Kosten herangezogen würden In diesem Sinne brachte denn auch Lieber in der ersten Lesung in der Kommission den Antrag ein, daß, falls die Reichseinnahmen nicht ausreichen sollten, die Kosten auf dem Wege einer direkten Einkommensteuer in den Einzelstaaten aufgebracht würden. Hiergegen wurde jedoch das Bedenken erhoben, daß vorläufig die Einzelstaaten allein das Recht hätten, direkte Steuern zu erheben, so daß erste eine Verfassungsänderung nöthig gewesen wäre. Es hätte sich also für die Herren bei der zweiten Lesung nur darum handeln können, ihren Antrag so zu formuliren, daß das, was den Einzelstaaten überlassen war, nun dem Reich übertragen würde. Doch auch gegen eine solche Reichssteuer wurden eine ganze Menge von Bedenken erhoben; die Kontrole über die Einziehung dieser Reichssteuer müsse doch den Einzelstaaten überlassen werden 2c. All diese Bedenken lassen sich aber nicht mehr aufrecht erhalten, als es uns in der zweiten Lesung gelang, nachzuweisen, daß die verbündeten Regierungen selbst bereits im Jahre 1881 mit einem Gesetzentwurf hervorgetreten waren, der die Erhebung einer direkten Reichseinkommensteuer befürwortete. Es war dies die Wehrsteuer, der alle Diejenigen unterworfen werden sollten, die aus irgend einem Grunde von der Verpflichtung zum Militärdienst befreit waren. — Die Steuer, die damals verlangt wurde, war sogar eine außerordentlich hohe, und um so mehr drückend, als in einigen Staaten bereits ziemlich eine hohe Einkommensteuer eingeführt war. Die von uns jetzt verlangte pro-

gressive Reichseinkommensteuer ist dagegen außerordentlich niedrig bemessen. Die Erklärung, die die Regierung zu § 8 abgegeben hat, löst nach unserer Meinung nicht im Entferntesten die Frage der Deckung in dem Sinne, wie sie auch nach den Anschauungen des Zentrums gelöst werden mußte. Sie giebt in diesem Paragraphen nichts weiter als eine Art Versprechen, über dessen Deutung indeß die verschiedensten Meinungen bestehen. So sollen Petroleumzölle und Kaffezölle in erheblichem Maße erhöht werden, wenn die finanziellen Verhältnisse des Reiches dies bedingen sollten. Im Uebrigen sollen nur den Massenverbrauch belastende Steuern ausgenommen sein. Das ist aber ein sehr dehnbarer Begriff, danach könnte die Regierung z. B. doch die Stempelsteuer für berechtigt halten. Was man aber auf diesem Gebiet zu leisten in der Lage ist, wissen Sie ja aus der Vorlage vor 5 Jahren, wo eine ganze Reihe derartiger Steuern, auch solche, die die unteren Volksklassen trafen, gefordert wurden. Ebenso die sogenannte Luxussteuer. Wollen Sie die aber in der Weise erheben, daß auch die Mittelklasse nicht von ihr geschädigt werden, so ist es ganz ausgeschlossen, daß sie einen Ertrag liefert, der die Kosten der Erhebung deckt. Also wenn die Frage der Deckung aktuell werden sollte, wird man doch zweifellos nach Steuerobjekten suchen müssen, die mehr oder weniger diejenigen Klassen treffen müssen, die nach den vorausgegangenen Erklärungen der Regierung nicht getroffen werden sollten. Wenn Sie nun der Ueberzeugung sind, daß trotz aller Erklärungen des Schatzsekretärs die Wahrscheinlichkeit besteht, daß im Laufe der nächsten sechs Jahre neue Deckungsmittel erforderlich werden, nicht allein beim Marineetat, dann können Sie sich mit dieser Erklärung der Regierung nicht zufrieden geben, sondern müssen dafür eintreten, daß diese Steuern in einer Form aufgebracht werden, die absolut sicher stellt, daß die unteren und mittleren Klassen nicht davon betroffen werden. Es stehen nun aber fraglos große Mehrausgaben in den nächsten Jahren bevor. So hat die Regierung bei der Etatsberathung das Versprechen abgegeben, die Gehälter auch der niederen Beamten zu erhöhen, wozu viele Millionen erforderlich sind. Die Nichterfüllung dieses Versprechens würde die Erbitterung in den betheiligten Kreisen in einer Weise zuspitzen, die der Regierung nicht genehm sein kann. (Sehr richtig! links.) Weiter sind für das Militärbudget erhebliche Mehrausgaben für das nächste Jahr gefordert. Nach den bisherigen Erfahrungen wäre es ja auch ein Unikum, wenn wir bei diesem Etat kein Mehrforderungen zu erwarten hätten. Daß eine Reorganisation der Artillerie bevorstehe, hat ja der Herr Kriegsminister bei der Etatsberathung zugegeben. Die Besetzung von Kiautschau wird auch noch erhebliche Mehraufwendungen zur Folge haben, ebenso wird der Pensionsfonds in ungeheurem Maße steigen. Es ist also gar nicht daran zu denken, daß wir in einen Zustand der Stagnation im Etat gekommen sind. Angesichts aller dieser Gründe müssen wir die Fassung des § 8 in der Vorlage ablehnen. Es kommt hinzu, daß, wie auch der Abg. Hammacher in der Kommission ausgeführt hat, der Aufschwung innerhalb der Industrie nicht mehr lange andauern, daß ein Rückschlag eintreten wird. Nun hat der Abg. Lieber einen Antrag eingebracht, der unserem Antrag ähnelt, indem er auch die reichsten Klassen der Bevölkerung belasten wollte. Freilich sind die Herren von ihrer Absicht längst wieder zurückgekommen. Wir als Vertreter des arbeitenden Volkes haben aber das größte Interesse an der Deckungsfrage. Die Lasten dürfen nicht der großen Masse der Bevölkerung aufgehalst werden. Wir meinen, grade die Kreise, die aus patriotischen Gründen so flottenbegeistert sind, insbesondere die reichen Handelsherren und Industriellen, sollten es als ihre vornehmste Aufgabe betrachten, die Kosten für das Flottengesetz selbst zu tragen. (Sehr richtig! links.) Aber grade der Vertreter dieser Leute, Herr v. Kardorff, hat sich am heftigsten dagegen gesträubt, die Deckungsfrage überhaupt in's Gesetz aufzunehmen, obwohl der Abg. Müller-Fulda nachgewiesen hatte, daß ein armer Bauer mit zahlreicher Familie viel schwerer unter der Steuerlast zu seufzen hat, als irgend ein reicher Handeltreibender. Dazu kommt, daß grade die Söhne der armen Bevölkerung in erhöhtem Maße zu dem Flottendienst herangezogen werden. (Abg. v. Kardorff: Das sind ganze 1700 Mann!) Ja, diese 1700 Mann rekrutiren sich aber aus der armen seemännischen Bevölkerung. So wurden bei der letzten Aushebung 78 Söhne kleiner Schiffer gemustert. Zwei davon waren untauglich drei wurden zurückstellt, 73 aber genommen. Das hat in dem Orte einen gewaltigen Schrecken verursacht, denn die kleinen Leute sind ohne die Söhne kaum im Stande, ihr Gewerbe aufrecht zu erhalten. Angesichts solcher Thatsachen sollten doch grade die Parteien, die vorgeben, daß ihnen die Erhaltung des Mittelstandes am Herzen liegt, für die Aufbringung der Kosten aus den reichen Klassen der Bevölkerung sorgen. (Sehr gut! links.) Unser Antrag geht ja über den früheren Zentrumsantrag weit hinaus, er ist aber durchaus gerecht. Wir meinen, einem Manne mit 6—10 000 Einkommen muß es leicht sein, jährlich 25—60 M. für die Vermehrung der Flotte herzugeben; er wird das viel leichter ertragen können, als eine arme Arbeiterfamilie die Vermehrung der indirekten Steuerlast um 8—10 Mk. pro Jahr, wie sie durch die Erhöhung der Getreidezölle geplant ist. Ist die Begeisterung für die Flotte wirklich so stark und Ihr Patriotismus wirklich so groß, dann sollte der Annahme unseres Antrages nichts im Wege stehen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Falls mehr Geld einkommt, als für die Flotte nöthig ist, sollen die Ueberschüsse zur Tilgung der Reichsschulden und zur Verminderung oder Beseitigung der drückendsten indirekten Steuern, besonders der Salzsteuer und der Verbrauchsabgabe für Zucker, verwendet werden. Unser Antrag sucht ein klares Verhältniß zwischen dem Reich und den Einzelstaaten zu schaffen; die Einzelstaaten brauchen sich nicht mehr um die Reichsausgaben zu sorgen, andererseits sorgt das Reich selbst für die Erleichterung der Steuerlasten seiner ärmeren Bewohnerr. Unser Antrag hat also auch eine hervorragende sozialpolitische Bedeutung. Jeder, der es ehrlich meint mit der Aufbringung der Kosten für die Flottenvorlage, muß für unsern Antrag stimmen. (Beif. b. d. Sozialdemokraten.)

Schatzsekretär Freiherr v. Thielmann: Der jetzige Moment ist schlecht geeignet, einen so einschneidenden Antrag, wie den des Herrn Vorredners, anzunehmen. Um die Reichsfinanzreform durchzuführen, dürfte eine Session kaum hinreichen. Auch die Einzelheiten des Antrags brauche ich daher nicht einzugehen.

v. Massow (K.): Meine politischen Freunde hielten es für unangebracht, die Deckungsfrage mit dem Flottengesetz zu verquicken. Wenn wir trotzdem für den § 8 stimmen, so deshalb, um das ganze Gesetz durchzubringen.

Dr. Barth (FV.): Die beiden Anträge Richter und Auer wollen den nächsten Reichstag binden in seinem freien Ermessen (Lebhafter Widerspruch links). Der sozialdemokratische Antrag ist zudem ganz unzweckmäßig, weil er die Normirung der Steuersätze und die Erhebung der Steuern einem besonderen Gesetze vorbehält. Dieses besondere Gesetz müßte doch der neue Reichstag erst schaffen, und der wird sich den Teufel um ihre jetzigen Wünsche kümmern. Die Zukunft kann man nicht binden, deshalb ist der Antrag ganz überflüssig. (Lachen links. Abg. Bebel: Wirklich ausgezeichnet!) Rein theoretisch kann auch ich meine Sympathie mit einer Reichserbschaftssteuer aussprechen. Die Sache ist aber nicht akut. Einen gewissen Werth hat nur die Erklärung, daß man die schwächeren Schultern nicht weiter belasten will. Das muß man aber auch für die Getreidezölle gelten lassen.

Werner (Antis.) erklärt, daß seine Partei in erster Linie für den Antrag Auer stimmen werde. Man müsse auch an eine Wehrsteuer denken.

Dr. Hammacher (NL.): Einer Reichseinkommensteuer stehen zur Zeit unüberwindliche Hindernisse gegenüber. Den Vorwurf, den der Abg. Bebel dem § 8 machte — daß er nur eine unverbindliche Zusage gebe — kann ich auch seinem Antrage machen. Dem Hause wird nicht anders übrig bleiben, als den § 8 in der Kommissionsfassung anzunehmen. Zu der Befürchtung, daß in den nächsten 6 Jahren überhaupt zu neuen Steuern gegriffen werden muß, liegt nach unserer Ansicht überhaupt kein Grund vor.

Richter (Freis. Volksp.): Der Abg. Barth meinte, der nächste Reichstag werde den Teufel nach dem Antrag der Sozialdemokraten fragen. Ja, da sage ich, der nächste Reichstag wird den Teufel nach Ihrem § 8 fragen. (Sehr richtig! links.) Eine Reichsvermögenssteuer läßt sich sehr leicht durchführen. Von dem § 8 ist zu sagen: Nützt er nichts, so schadet er auch nichts. Er kann vielleicht einmal als Handhabe im Kampfe gegen neue indirekte Steuern dienen; aus diesem Grunde werden wir im Fall der Ablehnung unseres Antrages für ihn stimmen.

v. Kardorff (Reichsp.): Der Satz: „Indirekte Steuern belasten die breiten Massen mehr als direkte," ist falsch. Wer also hier für die Reichseinkommensteuer eintritt, macht seinen Wählern viel Wind vor. Trotz schwerer Bedenken gegen den § 8 werden wir aus Loyalität gegen das Zentrum, nachdem wir uns wegen der Zölle gesichert haben, für ihn stimmen.

Müller-Fulda (Zentr.): Daß die indirekten Steuern den Massenverbrauch nicht belasten, ist eine fixe Idee des Herrn v. Kardorff. Dem § 8 kann ich nach den Erklärungen der Kommission ruhig zustimmen.

Singer (SD.): Der Abg. Müller-Fulda hat die Form unseres Antrages bemängelt. Vielleicht stellt er seine Kenntnisse in den Dienst unserer Sache und verbessert die Form unseres Antrages. Herr v. Kardorff hat die neue volkswirthschaftliche Weisheit ausgekramt, daß die indirekten Steuern die Masse der Bevölkerung nicht belasten. Warum schwärmt er denn für höhere Getreidezölle. Doch nur, weil er höhere Getreidepreise erzielen will. Und daß durch höhere Getreidezölle das Volk belastet wird, kann doch Niemand bestreiten. Aber die Herren opfern die Interessen der Gesammtheit zu Gunsten ihrer eigenen Klassenlage. Daß die Zölle die Produkte vertheuern, sehen Sie ja am Zucker bei uns und in England. Herr v. Levetzow sagte, patriotische Landwirthe bringen gern Opfer für die Flotte. Nun, bitte, meine Herren, bringen Sie die Opfer, bezahlen Sie die Kosten. Unser Antrag giebt Ihnen Gelegenheit dazu, da er Denen eine Steuer auferlegen will, die ein Einkommen von mehr als 6000 Mk. haben, und da sind nach meiner Kenntniß die patriotischen Landwirthe mit inbegriffen. (Große Heiterkeit.) Die ganze Debatte hier spitzt sich auf die Erklärung der Regierung gegen die Reichseinkommensteuer zu. Ich möchte Ihnen hier eine Stelle aus der „Köln. Volksztg." vom 10. März verlesen. Damals war das Blatt anscheinend noch der Meinung, der ursprüngliche Antrag Lieber werde vom Zentrum nicht fallen gelassen werden. Es heißt in dem Artikel: Es sind hier wieder dieselben Großsprechereien der Kommerzienräthe, die sich für die Flotte begeistern, wenn es dann aber zum Bezahlen kommt, den deutschen Arbeiter vorschieben, welcher beleidigt sein würde, wollte man ihn von der Aufbringung der Kosten ausschließen. Auf diesen Humbug ist aber nichts mehr zu geben und die Wähler werden anders denken wie die Hurrahpolitiker. Zu den Hurrahpolitikern gehört heute auch die Mehrheit des Centrums, die von dem eigenen Parteiorgane mit diesem Schmeichelnamen belegt wird. (Heiterkeit). Die „Köln. Volksztg." hatte Recht. Wo die Begeisterung für die Flotte mit Zwanzigmarkstücken bezahlt werden soll, versagt sie. Es ist ja ergötzlich, wie die Erklärung der Regierung von den verschiedenen Bundesgenossen in dieser Frage hier im Hause verschieden beurtheilt wird. Herr Barth nennt sie platonisch. Auch von diesem Ausdruck glaube ich nicht, daß er das Richtige trifft, die Erklärung der Regierung streut den Leuten Sand in die Augen. Der § 8 hat eine Fassung, die nach etwas aussieht, aber nichts bedeutet und die Arbeiter über den Kernpunkt, die Kostenfrage, hinwegtäuschen soll. Herr von Bennigsen weiß ganz genau, daß die von ihm in's Gesetz gebrachte Fassung die Widerstrebenden der Vorlage geneigt gemacht hat, aber sachlich nichts bedeutet. Was nun die Frage der Reichseinkommensteuer anlangt, so bin ich überzeugt, wenn man sie im Reichstag ernstlich gewollt hätte, auch die Regierungen ja gesagt hätten — vorausgesetzt, daß es ihnen wirklich damit Ernst ist, die stärkeren Schultern zu belasten. (Bayerischer Bevollmächtigter Graf v. Lerchenfeld schüttelt mit dem Kopf.) Der bayerische Bevollmächtigte verneint dies. Nun, Sie werden begreifen, daß ich mich nur für berechtigt halte, zu sagen, die Erklärung der Regierung hat nicht den Werth der Wahrheit, sie sucht das Volk hinweg zu täuschen über die Kostenfrage. Von Steuern auf Vorrath, das bemerke ich dem Abg. Müller-Fulda, kann nach § 9 unseres Antrages keine Rede sein und damit kann uns doch unmöglich ein Vorwurf gemacht werden, daß wir die etwaigen Ueberschüsse zur Erleichterung der Lasten, die auf den Schultern der Arbeiter ruhen, benutzen wollen. In der Bevölkerung wird es keinen Glauben finden, daß Sie unserem Antrag zwar im Prinzip zustimmen, ihn aber der Form wegen nicht annehmen können. Was nun den Antrag Richter betrifft, so sind wir nicht grundsätzlich gegen eine Vermögenssteuer. Wir haben nichts dagegen, wenn Vermögen über 100 000 Mk. herangezogen werden. Aber die Vermögenssteuer läßt die Einkommen von 6000 Mark weit bis aufwärts frei, die für die Bedürfnisse der Familie ausgegeben werden. Herr Barth hält den ganzen § 8 für überflüssig und unsern Antrag für extraüberflüssig, weil sich unsere Nachfolger nicht an ihn zu binden brauchen. Die Logik, die dem Abg. Barth sonst eigen ist, hat ihn in den letzten Tagen ganz verlassen. Wenn es nach seiner Meinung logisch ist, daß durch die Erklärung der Regierung ein Wall gegen den Versuch, höhere Kornzölle einzuführen, errichtet ist, dann ist es doch ebenso logisch, daß, wenn man die Regierung für eine Einkommensteuer bindet, dadurch der gegen die Einführung indirekter Steuern errichtete Wall nur noch verstärkt wird. Nicht wahr? (Rufe: Schluß!) Die Herren, welche der Meinung sind, daß über diese Frage genügend diskutirt worden ist, können ja den Saal verlassen. (Heiterkeit.) Nach dem Verlauf der Kommissionsverhandlungen war es ja für uns klar, daß die Mehrheit des Reichstages trotz aller platonischen Erklärungen für eine Reichseinkommensteuer unseren Antrag ablehnen würde. Wenn die Herren in Volksversammlungen vor den Wahlen diese platonischen Erklärungen wiederholen werden, dann werden wir auf die heutigen Verhandlungen hinweisen. Das Volk wird sich dann sicherlich für uns entscheiden. (Bravo! b. d. Soz.)

Präsident von Buol ersucht die Redner, sich möglichst kurz zu fassen.

§ 7 wird darauf unverändert in der Kommissionsfassung angenommen.

Der Antrag Auer zu § 8 wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt; ebenso der Antrag Richter, für den noch die Polen stimmen.

§ 8 wird in der Kommissionsfassung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger Freisinnigen angenommen.

Damit ist die zweite Berathung des Flottengesetzes erledigt.

Es folgt die zweite Berathung des Marineetats.

Richter (freis. Vp.) erklärt, nach der Annahme des Flottengesetzes habe es für ihn und seine Freunde überhaupt keinen Zweck, die durch dasselbe nöthig werdenden ersten Raten und die Erhöhung des Personalbestandes noch zu beanstanden.

Beim Titel Staatssekretär wird auf Antrag der Kommission die geforderte Gehaltserhöhung von 6000 Mk. debattelos abgelehnt.

Das Ordinarium des Etats wird debattelos nach den Vorschlägen der Kommission angenommen, ebenso das Extraordinarium, sowie eine Reihe kleiner Etats: baierische Quoten; besonderer Beitrag von Elsaß-Lothringen; Ueberschüsse aus früheren Jahren; Matrikularbeiträge und Etatsgesetz.

Das Gesetz betr. die Verwendung überschüssiger Reichseinnahmen wird debattelos in zweiter Lesung angenommen.

Damit schließt die Sitzung. (Bravo!)

Nächste Sitzung: Montag 12 Uhr (1. Bericht der Rechnungskommission. 2. Dritte Berathung des Gesetzes betr. die Entschädigung der im Wiederaufnahme-Verfahren Freigesprochenen. 3. Dritte Berathung der Branntweinsteuergesetz-Novelle. 4. Dritte Berathung des Flottengesetzes. 5. Antrag auf Errichtung eines Denkmals für Kaiser Friedrich. 6. Petitionen.

Schluß 6¼ Uhr.

Politische Tagesübersicht.

Deutschland.

Einen Märzgefallenen nennt treffend der „Vorwärts" den Berliner Oberbürgermeister Zelle, der plötzlich „wegen vorgerückten Alters" seine einträgliche Bürgermeisterstelle zum 1. Oktober d. J. gekündigt hat. Das „vorgerückte Alter" ist natürlich nur Vorwand. Das Ruhebedürfniß des Herrn Oberbürgermeisters hat sich eingestellt, unmittelbar nachdem die Berliner Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag die Klage gegen den brandenburgischen Oberpräsidenten beschlossen hat, der den Stadtverordneten die Niederlegung eines Kranzes am Grabe der Märzgefallenen untersagte. Daß Herr Zelle bei dieser Gelegenheit eine nicht eben glänzende Rolle gespielt hat, wird gewiß Niemand bestreiten. Und die „Lib. Korresp." trifft unzweifelhaft das Richtige, wenn sie bemerkt:

„Der plötzliche Entschluß des Oberbürgermeisters Zelle, mit dem 1. Oktober d. J., an welchem er sein 70. Lebensjahr vollendet, aus dem städtischen Dienst, dem er seit 1861 angehört, auszuscheiden, wird natürlich mit dem einstimmigen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung in Verbindung gebracht, gegen den Erlaß des Oberpräsidenten v. Achenbach, der in der Niederlegung eines Kranzes auf den Gräbern der 1848er Märzgefallenen durch eine Deputation eine Verherrlichung der Revolution sah, den Klageweg zu betreten, weil durch den Erlaß die Rechte der Selbstverwaltung verletzt seien. Da Herr Zelle, wenn er dieser Ansicht gewesen wäre, den Erlaß des Oberpräsidenten hätte zurückweisen müssen, so hat es den Anschein, als habe er in dem Beschluß der Stadtverordneten ein Mißtrauensvotum gesehen."

Auch die „Volksztg." erklärt, nachdem sie auf den seit Jahren bestehenden Mißklang zwischen Magistrat und Stadtverordnetenkollegium in Berlin hingewiesen: „Die Affäre mit dem Märzdenkmal, desgleichen die Kranzaffäre müssen dem Fasse den Boden ausgeschlagen haben. Der gestrige Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, der den Oberbürgermeister Zelle in die Lage bringt, Namens des Magistrats den Oberpräsidenten Achenbach verklagen zu müssen, weil er den bekannten Kranzbeschluß beanstanden zu müssen glaubte, markirt mit geradezu erbaulicher Deutlichkeit, mit wohlthuend erfrischender Schärfe den unauflöslichen Zwiespalt, der zwischen der Selbstverwaltung, wie man sie sich am Magistratstisch denkt, und derjenigen herrscht, die in der Stadtverordnetenversammlung, trotz Allem, was sonst wohl vorgekommen, doch immer noch als das Minimum des Aufrechtzuerhaltenden anerkannt wird."

Das linksfreisinnige Blatt hält es für selbstverständlich, daß von reaktionärer Seite die Wahl des Oberbürgermeisters von Berlin zu einer Kraftprobe gemacht werden wird. „Daß das ostelbische Junkerthum von den höchstbesoldeten Aemtern der Kommunen so gut wie gänzlich ausgeschlossen ist, das ist den journalistischen Wortführern der Ostelbier aus der Seele der Betheiligten heraus schon lange schmerzlich gewesen. Die Nachfrage des Adels nach gut dotirten Aemtern wird immer stärker sein als das Angebot der staatlichen Stellen allein ist, die das Junkerthum von jeher als seine Domäne zu betrachten pflegt. Eine Erweiterung der Möglichkeit, an die höchsten Gehälter auch der kommunalen Selbstverwaltung heranzukommen, wird daher schon längst von den ostelbischen Interessenten gewünscht. Zudem werden es sich die Reaktionären nicht nehmen lassen, zu beweisen, daß auch aus politischen Gründen die Stelle des Berliner Oberbürgermeisters dem Liberalismus entrissen werden müsse, und handele es sich selbst um den abgeblaßten Liberalismus des rechten Flügels der Freisinnigen des Rothen Hauses. Wir werden demgemäß bald sehen, daß es einen lebhaften Kampf geben wird um die zum Oktober frei werdende Stelle."

Ob die Berliner Kommunalliberalen dem Ansturm widerstehen werden?

Der „grobe Unfug" und die Presse. Bekanntlich hat der Schriftsteller- und Journalistentag eine Petition an den Reichstag gerichtet gegen die Anwendung der Strafgesetzbuchbestimmung gegen den „groben Unfug" auf Redakteure, Autoren und überhaupt auf Preßdelikte. In der Petitionskommission hat der Regierungsvertreter Geh. Ober-Regierungsrath v. Tischendorf sich zu der Forderung wie folgt geäußert: Gegen den Antrag auf Ueberweisung der Petition als Material für eine Abänderung des Strafgesetzbuches sei nichts zu erinnern. Es sei anzuerkennen, daß der Thatbestand des § 360 Nr. 11 des Strafgesetzbuches an großer Unbestimmtheit leide. In Folge davon fehle der Rechtsprechung eine sichere Grundlage, und es werde in einzelnen Fällen bei der Auslegung der Vorschrift wohl auch zu weit gegangen. Bei einer Revision des Strafgesetzbuches werde in Erwägung zu ziehen sein, ob und in welcher Weise diesem Uebelstande begegnet werden könne.

Da wird es aber wohl noch etwas dauern, bis wir den „groben Unfug" als Chikanirungsmittel gegen die Presse los werden.

Mit berechtigtem Hohn traktirt die „Konserv. Korresp." die Antisemiten wegen ihrer Haltung zur Flotten-

frage. Sie schreibt: „Wie bei den meisten bisherigen wichtigen Abstimmungen waren auch in der Flottenfrage die Antisemiten gespalten. Von den zwölf Mitgliedern der Fraktion stimmten acht dafür, drei dagegen und eins fehlte. Im Ganzen betragt also der antisemitische Stimmenzuwachs zu Gunsten der Flottenvorlage nicht mehr als vier. Das ist bekanntlich die „neu aufstrebende" Partei, die es den „verrotteten" alten Parteien zeigen will, wie man praktische Politik treiben müsse!"

Lübeck und Umgegend.

28. März.

Maifeier.

Die diesjährige Maifeier wird in **Moisling** abgehalten werden. Der Festzug durch die Geninerstraße ab Mühlenbrink ist von der Behörde freigegeben worden. Alle Anfragen u. s. w. von Geschäftsleuten sind an den Genossen Stolle, Vereinshaus, Johannisstraße 50, zu richten.

Die Feigheit des Wasserstiefelfreisinns wird so recht drastisch illustrirt durch die zu der Wähler-Versammlung einladende Annonce, in der es am Schlusse heißt:

Nur Wahlberechtigte der **Bürgerlichen Parteien** haben Zutritt.

Gleichzeitig schreibt die „Eisenb.-Ztg.", daß der Referent, Herr Kopsch, ein hervorragender Volksredner sei. Ja, was soll denn so ein armer Volksredner anfangen, wenn er gar kein Volk, sondern nur behäbige Spießer und volksfeindliche Industrielle vor sich hat? Bilden sich denn die Freisinnigen etwa ein, daß sie durch das bekannte Verläumden hinter dem Rücken und ähnliche unlautere Mittel etwas ausrichten werden? Damit haben sie sich doch schon gründlich genug blamirt, nicht bloß uns gegenüber, sondern auch im Kampfe mit ihren bürgerlichen Gegnern bei der Bürgerschaftswahl. Herr Pape mag nur die diesbezüglichen Wahlakten nachblättern.

Sturm auf See und Hochwasser. Der Sonnabend brachte uns wieder recht ungemüthliche Stunden. Der Sturm wuchs von Stunde zu Stunde, das Wasser stieg zusehends, die warnenden Schüsse hallten durch die Nacht, und an vielen Stellen trat die Trave wieder über die Ufer, die sie eben erst geräumt hatte. Weite Strecken an der Travemünder Bahn sind total unter Wasser gesetzt. Zwischen Waldhalle und Dänischburg dehnt sich zu beiden Seiten des Bahndammes eine weite seeartige Wasserfläche aus, die stellenweise mit dem Damm in gleicher Höhe steht, sodaß man während der Durchfahrt den Eindruck hat, als machte man eine Dampfertour. In Travemünde selbst hat die aufgeregte See arg gehaust. Der Strand ist mit Trümmern besät. Die Badeanstalt ist demolirt. Viele Fischer, welche ihre Reusen nicht hatten in Sicherheit bringen können, dürften diese als verloren betrachten müssen. Der Schaden Einzelner soll sehr beträchtlich sein, und hört man die Vermuthung aussprechen, daß der Gewinn aus dem vorigen einträglichen Jahre durch diese Verluste wieder vernichtet ist. Eigentliche Ueberschwemmung war nicht zu verzeichnen, doch wurden viele Keller durch Grundwasser bedrängt. Von dem untergegangenen schwedischen Schoner „Carl August" sind div. Wrackstücke, eine Uhr, Bettzeug, Brotkiste u. s. w. angespült. Die Leichen der ertrunkenen Besatzung sind bisher nicht gefunden worden. Ein am Freitag eingelaufener Dreimaster, welcher z. Zt. im Wyk liegt, hat arg leiden müssen. Bei der Einfahrt war er ein Spiel der Elemente, sodaß es fast ein Wunder ist, daß er nicht noch Angesichts der Küste verloren ging. Die Anlagen der Promenadenwege sind gründlich unter Sand gesetzt. Die Fischer hoffen aus Anlaß des Sturmes in der nächsten Zeit wenigstens reichlichen Fang zu erhalten, was sich hoffentlich bestätigen wird. — Auch am oldenburgischen Ufer sah es zeitweise recht bedrohlich aus. In Niendorf spülten die Wogen auf das Bollwerk herauf, erreichten also eine kolossale Höhe. Verschiedene Fischer erreichten nur mit Mühe die Küste, zwei Boote retteten sich an das mecklenburgische bezw. holsteinische Ufer. Die am Strand befindlichen Geräthschaften konnten unter größter Anstrengung geborgen werden. — Aehnlich sah es in Schlutup aus, wo niedriger gelegene Partien unter Wasser geriethen und die Kistenfabrik Betriebsstörungen erlitt. — Von auswärts gehen zahlreiche Unglücksbotschaften ein. Aus Flensburg telegraphirt das Reuter'sche Bureau, daß die dänische Galeasse „Helene" aus Aroeskjoebing bei Bockholm in der Außenföhrde gestrandet und wahrscheinlich total verloren ist. Der Sturm habe an Festigkeit wieder zugenommen. Das Wasser, dessen höchster Stand Freitag zwei Meter über Null betrug, stieg wieder. Die Erdgeschoßwohnungen längs der Schiffsbrücke sind geräumt. Der Dampferverkehr ist eingestellt. Die Anlegebrücken der Föhrdestationen sind theilweise weggerissen, der Schaden ist beträchtlich. — Aus Kiel schreibt die „Schlesw. Holst. Volksztg." vom Sonnabend: Der Sturm nahm in letzter Nacht wieder bedeutend an Stärke zu, doch hat sich der Wind fast Strich nach Osten gedreht. Das Wasser, welches ziemlich gefallen war, stieg wieder bedeutend und wurden heute Morgen die Bollwerke theilweise von den Wogen überspült. In einigen tiefer gelegenen Kellern war man heute Morgen wieder damit beschäftigt, das eingedrungene Wasser auszuschöpfen, und die Schutzvorrichtungen vor die Fenster und Thüröffnungen anzubringen. Die Bollwerke sind theilweise beschädigt und unterspült, auch ist das Straßenpflaster auf längeren Strecken gesunken. Der Verkehr der Fährdampfer erlitt heute Vormittag wiederholt mehrfache Störungen und konnte eine ganze Anzahl Werftarbeiter nicht rechtzeitig auf ihrer Arbeitsstelle eintreffen; dieses bedeutet für die Leute einen unangenehmen Lohnausfall. Die Schiffahrt ist sehr behindert. Der Dampfer „Holsatia" hat auf der Reise von Stettin nach hier die Stengen verloren. Bei Friedrichsort ankert eine große Anzahl Segler, welche die Föhrde als Nothhafen anliefen. Wie heute Morgen gemeldet wurde, ist hinter Friedrichsort ein Segler auf Grund gerathen. Dem Schleppdampfer „Thusnelda" gelang es gestern, einen Baggerprahm, auf welchem sich drei Mann befanden und der in's Treiben gerathen war, nach einer sicheren Liegestelle zu schaffen. Der Dampfer „Bornholm", welcher mit einer Ladung Kohlen eintraf, mußte mitten auf dem Strom vor Anker gehen. Ein von Rappeln nach Flensburg bestimmter Personendampfer ist bei Arnis auf Grund gerathen. — Aus Flensburg wird dem „Hamb. Fremdenbl." weiter vom Freitag noch geschrieben: „Das Hochwasser, welches hier gestern und heute bei anhaltendem Schneegestöber herrschte, erinnerte fast an die große Sturmfluth des Jahres 1872. Die ganze Schiffbrücke bis an das Hotel „Flensburger Hof" war derart überfluthet, daß kein Anwohner aus seinem Hause heraustreten konnte, sondern darauf Bedacht nehmen mußte, sich vor dem Eindringen des Wassers bestmöglichst zu schützen. Ein Geschäftsmann mußte mit langen Schaftstiefeln angethan, seinen Commis und seinen Lehrling auf dem Rücken durch das Wasser in den höher belegenen Hof hinauftragen. Ein Barbier im Keller des „Flensburger Hof" hatte seine Stühle an der Decke befestigt, weil dort auch Grundwasser durch den Fußboden drang. Leere Petroleumtonnen, Holztheile aller Art, selbst Boote trieben im Wasser umher. Bis 2 Uhr Nachts stieg das Wasser unaufhörlich, erst von da ab begann es, wenn auch unmerklich, zu sinken. Der Keller des Bahnhofshotels, in dessen einem Ende ein Mädchenzimmer sich befindet, war mit Wasser gefüllt, das heute Morgen durch Mannschaften der städtischen Feuerwehr herausgepumpt wurde. Auch in der Karlstraße und einem Theil der Wilhelmsstraße, sowie am südlichen Ende des Hafendammes war die Fußpassage unterbrochen. — Aus Schleswig wird vom Freitag berichtet: Heute Morgen hatten wir Hochwasser, wie seit lange nicht. Der Holm war wieder zu einer Insel geworden, indem die Fischbrücke völlig überfluthet und nur mittels eines Handkarrens, den ein dort Wohnender bereitgestellt hatte, um den Verkehr aufrecht zu erhalten, zu passiren war. Die Schiffbrücke war weit hinauf überfluthet, an den Häusern auf der Westseite stand das Wasser bis an die Hausthüren. Das Holzlager von Jessen u. Ko. war überfluthet, ebenso die Villa Holitüde, die Königstraße stand gegenüber dem Güterbahnhof unter Wasser und war unpassirbar, der Schleibahndamm war bis nahe an den Gottorper Damm unter Wasser, weshalb hier jeder Verkehr aufgehoben war. Ueber den Gottorper Damm spülte das Wasser grade über, die auf der östlichen Seite liegenden Häuser waren in ihren Kellern mit Wasser gefüllt, und im Untergeschoß zum Theil von Möbeln geräumt. — Auch aus Mecklenburg laufen ähnliche Meldungen ein. Die ganze mecklenburgische Küste wurde überfluthet. Bei Warnemünde stieg das Wasser 1 Meter 55 Centimeter, 5 Schiffe kamen zu Nothhafen. Das Feuerschiff bei Gjedser ist weggetrieben. Die Postdampfer mußten ihre Fahrt aussetzen.

Mit der Kinderarbeit beschäftigte sich, wie wir einem Berichte des „Gen.-Anz." entnehmen, der Lübecker Lehrerverein in seiner letzten Sitzung. Herr Grage referirte über das Thema: „In welcher Richtung und in welchem Umfange wird die Jugenderziehung durch landwirthschaftliche und gewerbliche Kinderarbeit geschädigt? Die an den sehr zeitgemäßen Vortrag anknüpfende Diskussion endete mit der Annahme nachstehender Leitsätze: 1) Kinderarbeit, selbst lehrpflichtige, ist an und für sich nicht unbedingt zu verwerfen. 2) Nach vielfachen Beobachtungen wirkt aber die gewerbliche (auch hauswirthschaftliche) und landwirthschaftliche Beschäftigung der Schulkinder schädlich A. auf die körperliche und geistige Entwickelung der Kinder 1. wenn die Beschäftigung den kindlichen Organismus zu sehr anstrengt oder durch ihre Eintönigkeit den Geist abstumpft, 2. wenn sie in gesundheitsschädlichen Räumen stattfindet, 3. wenn sie Morgens vor dem Unterricht, während der Mittagspause oder spät Abends stattfindet. B. auf die Sittlichkeit der Kinder, wenn sie 1. ungeeigneter Art ist, d. h. in Viehhütten, Kegelaufsetzen, Hausiren, Hülfeleistungen beim Schlachten besteht oder in Hülfe bei Treibjagden, in Wirthschaften, bei öffentlichen Schaustellungen u. s. w., 2. wenn die Arbeit ohne verständige Aufsicht und ohne Kontrolle des Lohnes geschieht, 3. wenn nicht auf genügende Trennung der Geschlechter unter einander und der Kinder von den Erwachsenen Bedacht genommen wird. 3) Es ist Pflicht des Lehrers, den Umfang der Kinderarbeit und ihre Folgen fortgesetzt zu beobachten. 4) Die Schule muß erstreben, daß jeder Mißbrauch der jugendlichen Arbeitskraft gesetzlich verboten werde, weil er auf die körperliche, geistige und sittliche Entwickelung der Kinder hemmend wirkt.

Fritz Reuter-Erinnerungen. Von Herr Karl Walther in Eisenach, Generalbevollmächtigten der Erben Fritz Reuter's, geht uns ein Schriftstück nachstehenden Inhaltes zu: „Da neuerdings von litterarische und bildliche Erzeugnisse Fritz Reuters in einer Weise veröffentlicht sind, die, nicht im Sinne des Dichters, auch keineswegs den Intentionen der Erben entspricht, so werden im Interesse einer würdigen, pietätvollen Bearbeitung alle diejenigen, welche bisher ungedruckte Briefe, Gedichte oder sonst Handschriftliches von Fritz Reuter oder seinem Freundeskreis besitzen, desgleichen Bilder und Zeichnungen von ihm oder persönliche Erinnerungen an ihn bewahren, hierdurch von den Reuter'schen Erben gebeten, solche Reliquien nur an ihren litterarischen Vertrauensmann Herrn Professor Dr. Karl Theodor Gaedertz, Königlichen Bibliothekar in Berlin (W., am Karlsbad 5 part.), für den dritten Band seines biographischen Sammelwerkes „Aus Fritz Reuter's jungen und alten Tagen" leihweise anvertrauen zu wollen."

Vom Tage. Untersuchung ist eingeleitet gegen zwei Arbeiter, welche einen Kollegen mißhandelt haben sollen, gegen ein junges Mädchen, welches verdächtig ist, einer Frau 36 Mk. unterschlagen zu haben; gegen einen nach Hamburg verzogenen Arbeiter, welchen ein Wirth der Veruntreuung von 48 Mk. bezichtigt und gegen einen Gärtnergehülfen, welcher von einem Stellmacher beschuldigt wird, ihm ein Paar Stiefel entwendet zu haben.

In das Handelsregister ist am 25. März eingetragen auf Blatt 2035 bei der Firma „Lübecker Privatbank". Die Generalversammlung der Aktionäre hat am 15. Februar und 23. März 1898 beschlossen, das Grundkapital um 600 000 Mk. zu erhöhen durch Ausgabe von 500 auf Inhaber lautenden Aktien zu je 1200 Mark; auf Blatt 2036 die Firma: „Leopold Scheier". Ort der Niederlassung: Lübeck. Inhaber: Leopold Scheier, Kaufmann in Lübeck; auf Blatt 2037 die Firma: „Ludwig Karstedt". Ort der Niederlassung: Lübeck. Inhaber: Karl Heinrich Peter Ludwig Karstedt, Kaufmann in Lübeck.

Testamentseröffnung. In der Sitzung des Amtsgerichts am Donnerstag, den 31. März 1898, Vorm. 10½ Uhr wird eröffnet werden: das gegenseitige Testament des hieselbst am 28. März 1892 verstorbenen Maschinenmeisters Peter Hinrich Friedrich Schoof und seiner Ehefrau Margaretha Christina geb. Möller.

Neue Fähre. Zwischen der Struckfähre und der Nordspitze der Wallhalbinsel soll eine Fährbootsverbindung eingerichtet werden. Bewerber, welche gewillt und befähigt sind den Fährbetrieb auszuüben, müssen sich bei dem Hafenmeister melden.

Posthülfsstelle in Sirksrade. In dem zum Landbestellbezirke der Postagentur in Kastorf gehörigen Orte Sirksrade wird vom 1. April ab eine Posthülfsstelle in Wirksamkeit treten, deren Verwaltung Herrn Buchhalter Grunert übertragen worden ist.

Die öffentliche Prüfung im Waisenhause wird am Donnerstag, den 31. März d. J., Vormittags um 11 Uhr, stattfinden.

Postalisches. Mit dem Wiederbeginn der Postdampfschiffsfahrten zwischen Lübeck und Kopenhagen bezw. Malmö vom 2. April ab wird die Briefpost aus Schweden, Norwegen und Dänemark, welche bisher um 10½ Uhr Vorm. ausgegeben wurde, bereits um 7 Uhr früh — das rechtzeitige Eintreffen der Schiffe vorausgesetzt — zur Ausgabe bereit sein. Die Einlieferung der gewöhnlichen Briefe, welche mit den von hier abgehenden Schiffen Beförderung erhalten sollen, muß bis 5 Uhr Nachmittags beim Hauptpostamt erfolgt sein.

? **Mölln.** Vorbereitung zur Reichstagswahl. Wie aus der „Mölln. Ztg." ersichtlich, findet am Sonntag, den 27. ds. Mts., Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Gastwirths J. Schaper hier, die Generalversammlung des „liberalen Wahlvereins für den Kreis Herzogthum Lauenburg" statt mit folgender Tagesordnung: Ergänzung der Vorstandsmitglieder, Besprechung über die bevorstehende Reichstagswahl, Aufstellung eines Reichstagskandidaten. Was zunächst die Benennung betrifft, die sich dieser Verein gegeben hat, so ist man nicht recht mit sich im Klaren, und die betreffenden Mitglieder mögen es wahrscheinlich selbst nicht sein, für welche Schattirung des Liberalismus der Verein zu wirken gedenkt, ob für die Wasserstiefler Richters oder für die Wadenstrümpfler Rickerts oder gar für „Frakion Drehscheibe." Es muß wirklich erbaulich sein, die trost- und hoffnungslosen Gesichter der „Liberalen" bei der Berathung der Tagesordnung zu sehen, und wir sind neugierig, wer sich wohl bereit finden läßt, das aussichtslose Mandat eines „liberalen" Kandidaten anzunehmen. Die beiden Parteien, welche in unserem Kreise um den Sieg ringen werden, sind die Sozialdemokratie und die Konservativen, unterstützt vom Bund der Landwirthe, und es dürfte ein heißer Kampf werden, der nur durch Aufbieten aller Kräfte zu unseren Gunsten entschieden werden kann.

Mölln. Die Adresse des Vertrauensmanns für Mölln ist: J. Drews, Cigarrenarbeiter, Mühlenstraße 7. Auswärtige Arbeitervereine, Gesangvereine u. s. w., welche beschließen sollten, einen Sommerausflug nach hier zu machen, werden ersucht, sich vorher mit dem Vertrauensmann in Verbindung zu setzen.

Stadttheater. Dienstag wird „Das Rheingold" zum 14. Male und zwar diesmal einmalig im Abonnement gegeben. Mittwoch findet als letzte Abonnements-Vorstellung eine Aufführung von „Minna von Barnhelm" statt, wozu noch Kleist's klassisches Lustspiel „Der zerbrochene Krug", welches viele Jahre hier nicht gegeben wurde, in Szene geht. Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß mit dieser Vorstellung alle Bons und Umtauschkarten ihre Gültigkeit verlieren.

Wilhelmtheater. „Im weißen Röß'l" gelangt am Dienstag und Donnerstag als Abschiedsvorstellungen des Stadttheater-Ensembles im Wilhelmtheater zu den bekannten billigen Preisen zur Aufführung. Der Vorverkauf ist wie immer bei Herrn Cowalsky.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 26. März.

Der Schweinehandel verlief mittelmäßig.

Zugeführt wurden 350 Stck. Preise: Versandschweine, schwere 54—55 Mk., leichte 54—55 Mk., Sauen 45—49 Mk. und Ferkel 52—54 Mk. pr. 100 Pfd.

Zur Confirmation

empfehlen:

Mädchen-Knopf- und -Zugstiefel M. 4.50, 5.50, 6.50, 7.50.
Mädchen-Schuhe zum Schnüren u. Knöpfen, mit u. ohne Lack, Mk. 3.25, 3.50, 4.50, 5.00, 5.50.
Knaben-Schaft- und -Zugstiefel Mk. 4.50, 5.00, 5.50, 6.50.
Knaben-Zugschuhe von Mk. 3.50 an.

Nur dauerhafte Waare, elegante Paßform, in großartigster Auswahl.

Blumenthal's Schuhwaaren-Fabrik

Lübeck. Kohlmarkt, Ecke Sandstrasse. Lübeck.

Verlobte.
Doris Kähler
Martin Söderlund
Lübeck. Nibnitz i. M.
27. März 1898.

Die glückliche Geburt einer kräftigen Tochter zeigen hocherfreut an
Max Georgi u. Frau
geb. **Kähler.**

Durch die glückliche Geburt einer gesunden und kräftigen Tochter wurden hocherfreut
Wilh. Franck u. Frau
geb. **Hintzpeter.**

Für die Aufmerksamkeit, anläßlich unserer Silbernen Hochzeit, sagen allen Verwandten und Bekannten, sowie dem „Gesangverein Eiche" unsern besten Dank.

J. Schütt u. Frau.

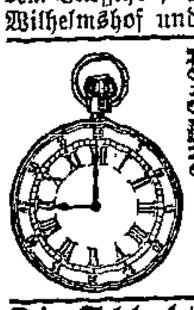
Gesucht ein kräftiger Laufbursche
außer der Schulzeit. **J. C. Müller,** Cronsforder Allee 51.

Gesucht ein guterhaltener Theeschrank
Offerten unter **H. P.** an die Exp. d. Bl.

Gesucht zum 1. Mai 1 junges Mädchen
welches Ostern die Schule verläßt, für leichte häusliche Arbeiten. Näheres Karpfenstraße 21.

Laufjunge gesucht zum Brodaustragen Meierstraße 39.

Verloren am Sonntag eine goldene Broche, von der Böttcherstr., Beckergrube, aus dem Burgthor, Louisenstraße, übern Kirchhof nach Wilhelmshof und zurück. Abzug. Böttcherstr. 26.



Uhren reinigen . 1,50,
Federn einsetzen . 1,50,
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser 1. Qual. **0,30.**
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Hüxstraße 32.

Die Schlachterei u. Wurstmacherei von
H. Hellmann
Hüxsterdamm 4
empfiehlt stets frisch:
Gekochte Mettwurst und Leberwurst
sowie alle anderen Fleisch- und Wurstwaaren.

Confirmanden-Anzüge
Schuhe, Stiefel, Hüte
empfiehlt billigst
Rud. Kracht, Ratzeb. Allee 40.

Schöne Magnum bonum-Eßkartoffeln, Land-Schinken, Butter, Eier
empfiehlt stets frisch
W. Sparbier
Marlystrasse 65.

---

ff. Bratenschmalz
à Pfd. 50 Pfg., empfiehlt
Heinr. Viereck, Hüxstr. 96.

Miethe-Quittungs-Formulare
sind zu haben in der
Expedition des Lübecker Volksboten

Palmkuchen

in allen Größen und von bekannter vorzüglicher Qualität, empfiehlt zum **Palmsonntage** und **Osterfeste**
die
Lübecker Genossenschafts-Bäckerei e. G. m. b. H.
Bestellungen werden von heute ab in allen unsern **Niederlagen, sowie in unserer Verkaufsstelle, Johannisstraße 50,** entgegen genommen.

Meiner geehrten Kundschaft hiermit zur gefl. Nachricht, daß ich vom 1. April d. Js. an, keine frische Butter mehr verkaufen werde, ich empfehle aber als besonders schön und preiswerth:

Feinste und hochfeinste Margarine
Pfund 50 und 60 Pfg.
Prima weißes Schmalz
Pfund 45 Pfg.
Pikanten holsteinischen Käse
Pfund 30 Pfg.
Imitirten Limburger Käse
Pfund 30 Pfg.
Tilsiter Käse Pfd. 60 u. 80 Pfg.
Holländischen Käse Pfd. 90 Pfg.
Grüner Käse, Stück 10 Pfg.
Rud. Kracht, Ratzeb. Allee 40.

Billige
Ausnahme-Preise
für nachstehende Artikel:
Gummi-Hosenträger,
für Knaben, Paar von **17** Pf. an,
für Herren „ „ **38** Pf. an.
Shlipse und Kravatten in großer Auswahl, Stück von **5** Pf. an.
Vorhemden, Kragen u. Manschetten in allen Weiten und Facons **besonders billig.**
Glace-Handschuhe für Konfirmanden, Paar **88** Pf. und **1** Mk.
Arbeiter-Ausstattungen, auch in Burschen-Größen,
u. A. Blousen, Stück von **1,00** Mk. an.
Hemden, „ „ **0,85** „ „
Hosen, „ „ **1,28** „ „
Otto Albers,
Lübeck, Kohlmarkt 13.
Baarverkaufslokal für Manufakturwaaren.

Prima Lederfett in Dosen,
zu 10, 15, 20, 30 und 50 Pfg.
Arbeitsstiefel u. Schuhe
empfiehlt
Rud. Kracht, Ratzeb. Allee 40.

Verband der Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands
(Zahlstelle Lübeck.)

Versammlung
am Dienstag den 29. März
Abends 8½ Uhr
bei F. Leeke, Lederstrasse 3
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Innere Verbands-Angelegenheiten.
3. Fragekasten.
4. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Holzarbeiter-Verband
Mitglieder-Versammlung
am Dienstag den 29. März
Abends 8 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50.
Tages-Ordnung:
1. Berathung der Anträge zum Verbandstag.
2. Anträge der Lohnkommission.

Zahlreiches Erscheinen ist nothwendig.

Die Lokalverwaltung.

Paul Rosin
Lederwaaren-Fabrik
Breitestrasse 23, Ecke Pfaffenstr.
empfiehlt in großer Auswahl
Confirmations-Geschenke
Gesangbücher
Confirmationskarten
zu billigen offenen Preisen.

Feinste
Tafel-Butter
empfiehlt in ½ und 1/1 Pfd.-Stücken
Pfaffenstr. 2. H. Hammer.

Deutscher
Metallarbeiterverband

Abrechnung vom Ball am Dienstag den 29. März 1898 im Vereinshaus, Abends 9 Uhr.
Das Fest-Comite.

Wilhelm-Theater.
Dienstag den 29. März.
Donnerstag den 31. März!
Abschieds-Vorstellungen des Stadttheater-Ensembles.
Auf allseitigen Wunsch.
Stürmischer Beifall! Beispielloser Lacherfolg!
Im weißen Röß'l.
Anfang 7½ Uhr.
Vorverkauf zu den bekannten Preisen bei Herr **Cowalsky,** Sandstraße
Die **Platzregen**-Vorrichtung ist durch besondere technische Veranstaltungen auch im Wilhelm-Theater ermöglicht!

Stadt-Theater.
Abschieds-Vorstellungen
der Direction
Fr. Erdmann-Jesnitzer
Letzte Woche der Spielzeit.

Dienstag, d. 29. März:	119. Ab.-Vorst. 5. Abth. Blau. Im Abonnem. Opernpreise. Bons gültig gegen übliche Nachzahlung. Zum letzten Male: **Das Rheingold**
Mittwoch, d. 30. März:	126. Ab.-Vorst. 6. Abth. Gel. Schauspielpreise. **Letzte** Abonn.-Vorstellung. Sämmtliche Umtauschkarten u. Bons verlieren mit dieser Vorstellung ihre Gültigkeit. **Minna von Barnhelm** und **Der zerbrochene Krug**
Donnerstag, d. 31. März:	Außer Abonnement. Opernpreise. Zu unwiderruflich **letztem** Male: **Siegfried**
Freitag d. 1. April:	Außer Abonnement. Schauspielpreise. **Letzte** Schauspiel-Vorstellung der Spielzeit. **Die Journalisten**
Sonnabend, d. 2. April:	Außer Abonnem. Opernpreise. **Gr. Abschieds-Vorst.** **Letzte Vorstellung der Spielzeit.** **Die Meistersinger von Nürnberg.**

Speise-Halle Hansa
Mengstraße 24. (Mittagstisch v. 11½—2
Dienstag: Erbsensuppe, Schweinefleisch, Kartoffel Sauce, Kohl.

Verantwortlicher Redakteur: August Kasch. Verleger: Theod. Schwartz. Druck von Friedr. Meyer u. Co., sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 74. Dienstag, den 29. März 1898. 5. Jahrgang.

Der schlimmste Wintergast unserer Kleinen.

Von Dr. Otto Gotthilf.

(Nachdruck verboten.)

In allen Kreisen der Bevölkerungen, von der Hütte bis zum Thron hat die Diphtheritis schon ihre Opfer gefordert. Alljährlich muß die Menschheit dem erbarmungslosen Würgeengel einen übergroßen Tribut entrichten von dem Besitze, welchen sie am höchsten schätzt und am allerschwersten und allerschmerzlichsten dahingiebt, von ihrem Reichthum an frisch emporblühenden Menschenleben. Die Diphtheritis herrscht fast in der ganzen Welt. Sie ist nicht etwa auf bestimmte Gebiete beschränkt, aus welchen sie nur bei günstiger Gelegenheit hervorbricht und sich verbreitet, wie die Pest und Cholera, sondern überall, wo der Mensch wohnt, in den norwegischen Fjorden des hohen Nordens, in den tropischen Breiten auf Neuguinea hat sich die Diphtheritis an seine Fersen geheftet. Wie können wir nun am besten den tückischen Feind bekämpfen? Wie unser kostbarstes Gut vor dem Verderben schützen?

So lange wir es mit einem Feinde zu thun hatten welcher, selbst unbekannt, aus unbekannten Schlupfwinkeln hervorbrechend sich auf seine Opfer stürzte, so lange war die Aussicht auf eine erfolgreiche Bekämpfung desselben gering. Die abwehrenden Streiche trafen in die Luft und allgemach erlahmte die kampfesmuthige Hand im vergeblichen Ringen.

Jene Zeit des unsicheren Umhertastens war denn auch die Blütheperiode unzähliger „ganz unfehlbarer" Heilmittel. Viele Aerzte und Laien, Kurpfuscher und Naturheilkundige priesen dasjenige Mittel, mit welchem sie einige Kranke kurirt hatten, sofort als eine Panazee, als ein Wundermittel an, bestehend in Pinseln, Inhalliren, Frieren oder Schwitzen, frischer Luft oder Räucherungen. Aber immer von Neuem rüttelte der unerbittliche Feind den Menschen auf zu neuem Kampfe, zur Verbesserung seiner Kampfesweise, zur Schärfung seiner Waffen. Da gelang es endlich im letzten Jahrzehnt, Dank der bakteriologischen Forschung, dem Feinde das Visir zu öffnen, und mit neuer Kampfesfreudigkeit wurden die Gemüther aller Aerzte erfüllt. Im Jahre 1884 entdeckte Professor Löffler in Greifswald den Bazillus, der die Diphtheritis erzeugt. Freilich wurden daran, ebenso wie bei Kochs Entdeckung des Tuberkelbazillus, im großen Publikum gleich zu hochtrabende Hoffnungen geknüpft. Aber mit neuer Kraft, mit frischer Energie hat seitdem die Hygiene den Kampf gegen die Diphtheritis aufgenommen, auch mehrt sich von Tag zu Tag das Rüstzeug, und zuversichtliche Hoffnung auf den baldigen Sieg begeistert die um das Banner der Hygiene gescharten Kämpfer. Sind doch erst in neuester Zeit Professor Behring und Dr. Roux, ein Deutscher und ein Franzose, wieder ein gut Stück vorwärts gekommen durch Anwendung der „Serum Therapie".

Es besteht nämlich das Wesen aller ansteckenden (Infektions-) Krankheiten, also auch der Diphtheritis, in einem Kampfe auf Tod und Leben zwischen den in's Blut gelangten Krankheitserregern (Bakterien) und gewissen Bestandtheilen unseres Blutes. Im Körper äußert sich dieses Schlachtgetümmel durch Fieber und andere Krankheitssymptome. Unterliegen die Bakterien, so tritt bei dem Patienten Genesung ein, erringen sie aber den Sieg, so wird der Feind, also das Blut, gleichsam lebensunfähig gemacht, und die natürliche Folge ist der Tod des Patienten. Durch das glückliche Ueberstehen einer Infektionskrankheit wird nun das Blut gegen Bakterien so kampfgeübt — wenn ich so sagen darf — daß es für längere Zeit unüberwindlich und die betreffende Person für's erste gegen diese Krankheit gefeit oder „immun" ist. Hierauf ruht auch die Schutzpockenimpfung, welche einen geringen Ausbruch der Pocken bezweckt und dadurch gegen eine etwaige spätere Pockenerkrankung unempfänglich machen will. Derjenige Bestandtheil des Blutes, welcher hierbei die Hauptrolle spielt, ist das Serum, weßhalb man diese Heilmethode (Therapie) die Serum-Therapie genannt hat. Den genannten Aerzten ist es nun gelungen, diese Behandlung auf die Diphtheritis anzuwenden. Dr. Roux überträgt das Blutserum immunisirter, das heißt gegen Diphtheritis unempfänglich gemachter Pferde auf diphtheritiskranke Kinder und soll dadurch schon große Erfolge erzielt haben. Auf dem in Wien (1894) abgehaltenen Aerztekongreß war es dann Professor Behring aus Halle, welcher durch die günstigen Resultate seiner verbesserten Heilserum-Methode die medizinische Welt in Begeisterung versetzte. Wirklich hat sich seitdem das Verfahren ganz gut bewährt, namentlich wenn es sofort nach den ersten Anzeichen der Erkrankung zur Anwendung kam, so daß es vielleicht allmählich gelingt, den furchtbaren Würgengel fast ganz kampfunfähig zu machen. Möge dieser sehnlichste Wunsch von viel tausend liebenden Elternherzen endlich in Erfüllung gehen.

Aber der Heilkunde höchste und erhabenste Aufgabe besteht nicht in der Verhinderung der Todesursachen, sondern der Krankheitsursachen. Dies ist ihr auch bei der Diphtheritis durch die letztjährigen Untersuchungen in hohem Grade gelungen. Wenn nur „das liebe Publikum" die Ergebnisse dieser mühseligen und lebensgefährlichen Forschungen mehr beherzigte, wenn es die hygienischen Maßnahmen und praktischen Rathschläge besser ausführte, dann würde jener Würgengel an den Thüren der meisten ebenso unbeschadet vorübergehen müssen, wie einst sein mordgieriger Genosse in Aegyptenland an der Häusern der Israeliten. So wissen wir jetzt, daß ein Diphtheritiskranker meist noch mehrere Tage nach dem Schwinden der Beläge im Halse ansteckungsfähige Bazillen bei sich beherbergt, also für Geschwister und Kameraden noch höchst gefährlich ist. Deßhalb dürfen die Patienten nicht früher als mindestens acht Tage nach dem Verschwinden aller lokalen Erscheinungen aus ihrer Isolirung entlassen werden. Die Fernhaltung von der Schule aber soll auf mindestens vier Wochen von Beginn der Erkrankung an gerechnet werden, vorausgesetzt natürlich, daß alle Gegenstände, welche mit dem Erkrankten in Berührung kamen, wie Kleider, Wäsche, Bettzeug, Trink- und Eßgeräth, durch langes Kochen im Wasser desinfiziren, die Fußböden mit Sublimatlösung scheuern, die Tapeten und Möbel mit Brod abreiben. Denn die Untersuchungen des bedeutenden japanischen Forschers Kitasato in Berlin haben ergeben, daß die Diphtheritisbakterien sich in trockenen Räumen vier bis fünf Monate lebens- und ansteckungsfähig erhalten in feuchten sogar sieben Monate. Daher sind auch in einzelnen, meist unbewohnten norwegischen Gehöften Fälle, vorgekommen, daß Leute an Diphtheritis erkrankten, welche solche Räume, in denen vor mehreren Monaten Diphtheritiskranke gelegen, oder Kleider, welche jene damals getragen, benutzt haben. Besonders vorsichtig muß man zur Zeit einer Epidemie mit der Milch sein, da auf dieser die Bakterien sehr gut gedeihen. Man vergewissere sich also möglichst, ob in der Behausung des Milchlieferanten keine Diphtheritis herrscht. Jedenfalls ist die Milch vor dem Gebrauche längere Zeit durchzukochen. Stets und vor allem aber sei man sich bewußt, daß eine gesunde und widerstandsfähige Hals- und Mundschleimhaut am besten vor Diphtheritis schützt. Ohne Zweifel haften die Bakterien viel leichter auf katarrhalisch oder sonstwie affizirten Schleimhäuten. Vermag doch dagegen in dem viel weniger empfindlichen, oft durch Rauchen und Alkoholika abgehärteten Halse der Erwachsenen das Gift sich fast nie zu entwickeln. Deshalb ist es durchaus geboten, namentlich in Zeiten und an Orten epidemischer Verbreitung der Diphtheritis, jede selbst die geringfügigste Entzündung des Halses sorgfältig zu beachten und zu behandeln. Aber auch sonst sollte man die Kinder von klein auf morgens und abends zum Gurgeln und Mundausspülen anhalten, indem man mit warmem Wasser anfängt und allmählich zu ganz kaltem übergeht. Dadurch werden täglich alle schädlichen Eindringlinge immer wieder entfernt, die Schleimhäute abgehärtet, und die Kinder lernen frühzeitig gurgeln, ohne etwas von der Flüssigkeit zu verschlucken, so daß der Arzt bei einer Erkrankung auch stärkere Gurgelmittel verordnen kann. Herrscht Diphtheritis am Orte, so möge man anstatt des gewöhnlichen Wassers aromatisches nehmen. Bei geringerer Röthung oder Schwellung im Halse oder Belag seien zunächst folgende Hausmittel empfohlen: äußerlich nasser, sogenannter Prießnitzscher Umschlag, oder auch feuchte Einwirkung des ganzen Körpers und, als besonders wohlthuend, warme Bäder mit kühlen Uebergießungen, welche tiefere Athemzüge und energischere Blutzirkulation anregen, zugleich auch auf das gesammte Nervensystem höchst erfrischend einwirken. Von allem innerlichen Pinseln aber lasse man die Hand weg, weil man zu leicht Reizungen und Verletzungen der entzündeten Schleimhaut hervorruft. Das Haupterforderniß jedoch ist und bleibt stets: frische, staubfreie, kühle Luft! Sobald sich Belag im Halse zeigt, ist natürlich sofort die Hilfe des Arztes in Anspruch zu nehmen.

Wenn man diese Regeln der hygienischen Praxis allgemein befolgt, werden nicht mehr so übermäßig viel hoffnungsvolle Menschenknösplein von dieser grausigen Krankheit dahingerafft werden. Und wenn dann doch hie oder da ein rosiges Kindlein als Opfer fällt, so kann sich wenigstens bei den Eltern nicht zum tiefen Schmerze noch die furchtbare Selbstanklage wegen versäumter Pflicht gesellen.

Sociales und Culturel-Leben.

Lehrerelend in Spanien. Im Hospital zu Lorca (Provinz Murcia) ist soeben ein Lehrer vor Hunger gestorben, weil die Gemeinde ihm seit Jahren seinen Gehalt vorenthält. In Coy (Lorca) ist die Frau eines Lehrers thatsächlich verhungert, während ihr Gatte in den Straßen

Meine erste chinesische Mahlzeit.

Wir entnehmen den nachfolgenden Abschnitt dem im Verlage von J. J. Weber in Leipzig erschienenen Werke: China und Japan, Reisen, Studien und Beobachtungen von Ernst von Hesse-Wartegg. Der Preis dieses reich illustrirten Geschenkwerkes beträgt 18 Mark.

In den ersten Tagen meines Aufenthalts in Canton machte ich die Bekanntschaft eines der reichsten und vornehmsten Kaufherren der chinesischen Millionenstadt und stattete ihm in seinem aus Dutzenden von Hallen und Häusern bestehenden Heim meinen Besuch ab. Kaum war ich wieder in mein Hotel, auf der Insel Schamin gelegen, zurückgekehrt, so fand sich auch schon ein langbezopfter Bote mit einem großen rothen Papierblatt bei mir ein, auf welchem einige chinesische Hieroglyphen verzeichnet waren. Mein Dragoman las: „Am 6. Tage des Mai wird ein bescheidenes Fest das Licht deiner Gunst erwarten. Grüße von T. T." — — also eine Dinereinladung, wie ich sie gewünscht hatte. Nur war die Stunde nicht angegeben. Mein Dolmetscher erklärte mir, diese würde später mitgetheilt werden. Am Morgen des 6. Mai erschien in der That wieder ein Diener mit einer zweiten rothen Karte, auf welcher die Speisestunde, 7 Uhr Abends, angegeben war.

Als ich eine halbe Stunde früher im Begriffe stand, meine Sänfte zu besteigen, erschien ein Abgesandter meines Gastgebers, um mich nach dessen Haus zu geleiten. Am Eingange zu seiner mit einer hohen grauen Ziegelmauer umschlossenen Wohnung empfing mich der Wirth in eigener Person mit einer tiefen Verbeugung, indem er gleichzeitig die zusammengeballten Hände zur Stirne erhob. Er war in einen langen Talar von schwerer Seide gekleidet und trug auf seinem bezopften Haupte den schildförmigen Tatarenhut mit langer rother Seitenquaste. In seinem Empfangssalon, geschmückt mit herrlichen Ebenholzschnitzereien, Lampions und Vasen mit künstlichen Blumen, befanden sich bereits einige chinesische Gäste, sowie ein junger Engländer, der mit mir auf demselben Schiffe nach Canton gekommen war. Wir wurden allen Anwesenden vorgestellt, und diese beeilten sich, die gewöhnliche Frage an uns zu richten, welches denn unser ehrenwerthes Alter wäre. Vor mir, dem Vierziger, machten die Zopfträger tiefere Verbeugungen als vor dem viel jüngeren Engländer. Natürlich mußten auch wir uns nach dem ehrenwerthen Alter der Chinesen erkundigen. Mr. Clark, mein Engländer, schien überrascht, als unser Gastherr ihm sein Alter als Sechsziger nannte, und auf die Frage nach der Ursache seines Staunens ließ Clark ihm sagen, er sähe viel jünger aus, er hätte ihn nicht für so alt gehalten. Konsternation auf allen Gesichtern. Diese europäische Höflichkeitsform zog hier entschieden nicht, Clark hätte besser gethan, ihm zu sagen, daß er ihn für einen Achtziger hielte. Während es in Ländern, die uns Europäern näher liegen, Sitte sein soll, daß besonders die Damen von ihrem Alter einige Jährchen abzwacken, hören es die Chinesen sehr gerne, wenn man ihnen ein paar Jahre mehr giebt.

Sieben Uhr. Schon hatten wir auf Damengesellschaft verzichtet, als plötzlich aus dem benachbarten Raum sechs höchst elegant gekleidete junge Damen trippelten, mit Füßchen kaum so lang wie mein Zeigefinger, mit Perlenschnüren und Schmetterlingen in dem glattgekämten, glänzend pomadisirten Haar, weißgeschminkten Gesichtern und brennrothen Lippen, reizend kleine Wesen, deren Erscheinen sofort alle Gesichter aufheiterte. Hinter ihnen schritten ebensoviele noch jüngere Mädchen in einfacherer Kleidung einher, die an der Thüre stehen blieben. Jede hielt eine Wasserpfeife und eine glimmende Lunte in der Hand. Sie waren die Dienerinnen der Damen.

Der Ausdruck „Dame" ist hier nicht recht gewählt, denn die Frauen der Chinesen sind bei den Mahlzeiten, an welchen andere Männer, ob Chinesen oder Europäer, theilnehmen, niemals zugegen. Da aber die Bewohner des Reiches des Mitte sich bei solchen Festlichkeiten auch gerne unterhalten, so ziehen sie an Stelle ihrer Frauen öffentliche Sängerinnen bei, von jener Sorte, welche nach unseren Anschauungen den Namen Dame nicht verdienen. Nicht etwa, daß sich die anwesenden Chinesinnen irgend welche Freiheiten in der Toilette oder im Benehmen gestattet hätten. Beileibe nicht. Ihre langen, blauseidenen Gewänder, über und über mit den köstlichsten Stickereien bedeckt, reichten vom Halse bis an die Knöchel, und niemals würde sich bei solchen Gelegenheiten auch die schlimmste dieser Blumen nur halb so viel Toilettefreiheit erlauben wie unsere Damen der Gesellschaft. Die sechs Blumen unserer Tafelrunde gebärdeten sich sittsam und bescheiden, und als endlich der Gastherr uns einlud, den Speisesaal zu betreten, trippelten sie alle zusammen uns Männern nach. In China würde es für Verrücktheit oder gar Unverschämtheit angesehen, wollte man einer Dame den Arm reichen, um sie zu Tisch zu führen.

Der Speisesaal war ein geräumiges hohes Gemach, dessen eine Wand ganz aus kuriosen, durchbrochenen Ebenholzschnitzereien bestand, mit runden, weiten Oeffnungen, durch welche wir den schönen Garten und Lotosteich des Gastherrn sehen konnten. Die Tafel stand der gegenüberliegenden Seite etwas näher und war zickzackförmig angeordnet; die Sitze befanden sich aber nur an der äußeren Langseite, sowie an den Stirnen, während die innere Langseite frei blieb. Den chinesischen Gastmahlzeiten pflegen nämlich Vorstellungen von Sängerinnen, Zauberkünstlern 2c. zu folgen, und eine vollständige Besetzung der Tafel würde den Ausblick auf dieselben verhindern. Große farbige Laternen hingen an Seiden-

von Murcia, wohin er sich zu Fuß begeben hatte, bettelte! Die Gemeinde von Lorca schuldet ihren 35 Lehrern gegenwärtig mehr als 75 000 Duros (300 000 Mk.), im Durchschnitt jedem einzelnen annähernd 9000 Mk.; seit dem 1. Juli wurden den Hungerkandidaten im ganzen nur drei Monate ausgehändigt. — Dagegen hat ein Stierfechter, den man dieser Tage begraben hat, ein Vermögen von mehreren Millionen hinterlassen.

Aus Nah und Fern.

Als Gesindel wird auch in der neuesten Nummer des „Deutschen Adelsblattes" die Menge der Berliner Bürger bezeichnet, welche am 18. März 1848 den Waffen der preußischen Reaktion zum Opfer gefallen sind. Das gehört zum Ganzen. Für den richtigen Adelsdünkel ist ja Alles, was nicht ein „von" vor dem Namen trägt, Kanaille, ganz im Gegensatz zu den adligen Buschkleppern, die ehedem in der Mark Brandenburg wehrlose Kaufleute aus feigem Hinterhalt heraus plünderten und todtschlugen, die ganze Dörfer „auspochten" und auf andere edle Weise einem einträglichen Sport huldigten. Daß am 18. März 1848 auch verschiedene Sprößlinge alter Adelsgeschlechter in Berlin gefallen sind und ihre Ruhestätte am Friedrichshain gefunden haben, weiß das Adelsorgan offenbar nicht; oder will es dies nur nicht wissen, weil es sonst zugeben müßte, daß die Berliner Bürger, welche dort draußen schlummern, sich wenigstens in „guter Gesellschaft" befinden? Und will das Adelsblatt wissen, wie des einen dieser adligen Märzkämpfer von seiner Familie in der ihm gewidmeten Todesanzeige gedacht worden ist?

Die Ankündigung lautete:

„Beglückt durch das Bewußtsein, mit beigetragen zu haben zu der Erringung des großen Freiheitsmorgens, starb am 19. Nachmittags 4 Uhr in Berlin unser geliebter Bruder, der Referendarius Gustav v. Lenski, nachdem er bei der Vertheidigung einer Barrikade in der Friedrichstraße, von drei Kugeln tödtlich verwundet worden war.

Seedranken, den 27. März 1848.

O. v. Lenski, Landrath.
N. v. Lenski, Domänenpächter.

Welches Verdienst dem 18. März um die ganze deutsche Nation zukommt, das hat der König Friedrich Wilhelm IV. heute vor fünfzig Jahren drastisch genug ausgesprochen aus Anlaß des berühmten Umritts, von welchem die vorstehende Chronik erzählt. Am 21. März 1848 sprach er von der Wiedergeburt der deutschen Nation, die infolge der Vorgänge der vorhergegangenen Tage wieder groß geworden sei, nachdem sie nämlich der deutsche Bundestag schmählich herabgedrückt hatte. Damals dämmerte dem Könige eine Ahnung dessen auf, was die deutschen Liberalen der vormärzlichen Zeit unter der „deutschen Frage" verstanden. Damals fühlte er das Bedürfniß, die „deutsche Frage", d. h. die Schaffung einer deutschen Einheit, selbst in die Hand zu nehmen. Damals nannte er die Farben schwarz, roth, gold die „altehrwürdigen Farben deutscher Nation". Allerdings gelang es der sich alsbald klettenhaft an den König herandrängenden, natürlich adligen Camarilla, ihn von seinem deutschen „Irrthum" zu befreien. Dem Stockpreußenthum war das „Aufgehen Preußens in Deutschland" in der Seele zuwider.

Der preußische Junker hat nichts so sehr gehaßt, wie die Idee des liberalen „Gesindels": die deutsche Freiheit könne nur aus der deutschen Einheit gewonnen werden. Wie wurde dem Abgeordneten von Bismarck-Schönhausen von dem ostelbischen Adel zugejubelt, als er im preußischen Landtage davon sprach, der preußische Soldat trage die von der Kreuzzeitung spöttisch und verächtlich „Kuhblume" genannte deutsche Kokarde mit „trauernem Gehorsam", und Preußen könne nicht wünschen, in der „fauligen Gährung süddeutscher Zuchtlosigkeit" aufzugehen! Die deutsche Kaiserkrone, welche gutmüthige liberale Schwärmer Friedrich Wilhelm dem Vierten von Frankfurt aus anboten, wies er zurück. In vertrauten Briefen bekannte er, diese „Krone von Dreck und Letten", welcher der „Ludergeruch der Revolution" anhafte, wolle er nicht. Noch bis in das Hauptquartier anno 1870 und 71 wußte das stockpreußische Junkerthum seinen Widerstand gegen die deutsche Reichseinheit hinein zu tragen, und Jedermann weiß, wie viel Schwierigkeiten der nachmalige Kaiser Friedrich III. zu überwinden hatte, um der von dem Herrenthum des preußischen Kleinadels gehegten fanatischen Abneigung gegen die deutsche Reichsidee die Spitze zu bieten und der Einheitsidee zum Siege zu verhelfen, der Einheitsidee, für welche auch das am 18. März 1848 gefallene „Gesindel" sein Herzblut ausgeströmt hatte!

Man muß sich dies Alles vergegenwärtigen, wenn man einen richtigen Maßstab gewinnen will für das wüste Gebahren der Reaktion in der Reichstagssitzung vom 18. März d. J., in der die patriotischen Lärmmacher in den konservativen Reihen so thaten, als seien sie die Schöpfer des Deutschen Reichs gewesen! Wenn es nach den preußischen Konservativen gegangen wäre, so wäre Preußen niemals „in Deutschland aufgegangen". Selbst jetzt noch wollen sie nichts davon wissen. Vielmehr, da an der wider Willen der Ostelbier zu Stande gebrachten Reichseinheit nun doch nicht mehr zu rütteln ist, setzen sie alles daran, daß Deutschland in Preußen aufgehe. Und wahrlich, die Verjunkerung Deutschlands hat schon recht hübsche Fortschritte gemacht. Die nächsten Wahlen werden darüber zu entscheiden haben, ob in diese Verjunkerung der Schlußstein gesetzt werden soll.

Hoffentlich ist das oppositionelle „Gesindel" in Deutschland noch zahlreich genug, den Junkern den Spaß dermaßen zu verderben, daß auch dem „Deutschen Adelsblatt" die Lust vergeht, anständige Menschen noch länger zu beschimpfen.

Ein feiner Bankerott. Großes Aufsehen erregt in Berlin die Verhaftung des früheren Direktors der Luisenquelle Paul Moritz, der zuletzt Inhaber eines hiesigen Konfektionsgeschäftes gewesen ist. Gegen denselben ist, wie der „Konfektionär" erfährt, Untersuchung wegen betrügerischen Bankerotts eingeleitet worden. Die Anzeige ist von einem Gläubiger ausgegangen, der 60 000 Mk. zu fordern hat. In der Masse lagen 2½ pCt.

Brüsewitz in den Kolonien? Die „Kreuzztg." bringt die Nachricht von dem Tode eines in Deutsch-Südwestafrika angesiedelten Deutschen, Namens Hohmann, der erst Soldat bei der Schutztruppe war, in Folge einer Verwundung aber invalid wurde und dann einen Viehhandel betrieb. Die „Kreuzzeitung" sagt dann weiter: „Fast ein Jahr waren seine Angehörigen ohne Nachricht, bis sie nun erfuhren, daß ihr Sohn und Bruder schon vor dem Weihnachtsfeste vorigen Jahres durch den Säbelstich eines Unteroffizier schwer verwundet und, nachdem er ein Testament gemacht hatte, am 26. Dezember gestorben sei." — Es scheint ja in den Kolonien recht nett zuzugehen, fast so wie — anderwärts.

Die „Standesunterschiede"! Der Selbstmord eines jungen Kutschers erregt wegen seiner Veranlassung in Dresden einiges Aufsehen. Der Kutscher, ein hübscher junger Mann, war bei einer adeligen Familie in Stellung, und da auch solche dienende Geschöpfe in der Regel ein Herz haben, so verliebte er sich. Daran wäre an sich nicht viel gewesen, denn das mag ja nicht selten vorkommen. Aber das Kutscherherz war revolutionär genug, sich über alle Standesunterschiede hinwegzusetzen — es hängte sich an die Tochter seines adeligen Herrn. Und auch bei dieser war die Liebe stärker als der traditionelle Adelsstolz, sie erwiderte die Liebe des Kutschers. Sicher kann man ihr das nicht verdenken, wenn man die Jammergestalten ihrer jungen Standesgenossen kennt. Dem Liebestraum der jungen Leute machten indeß die Eltern, die nicht dulden wollten, daß sich die hochgeborne Tochter so „wegwarf", ein Ende, und die Folge war, daß sich der Kutscher erschoß. Auch seine Geliebte soll Selbstmordabsichten gehegt haben, sie ist aber, wie man hört, an der Ausführung gehindert worden.

Graf Badeni kommt vor's Schwurgericht — allerdings nicht als Angeklagter. Genosse Dr. Viktor Adler in Wien ist im Dezember v. J. vom Bezirksgericht Hernals wegen Beleidigung des damaligen Ministerpräsidenten Badeni zu 14 Tagen Arrest verurtheilt worden. Obwohl er sich selbst bezichtigte, durch die inkrimirte Aeußerung, die er in einer Versammlungsrede gethan hatte, gegen die ganze damalige Regierung aufgereizt zu haben, weshalb die Sache vor das Schwurgericht gehöre, fanden Staatsanwalt und Bezirksgericht ihn doch nur des geringeren Vergehens der Beleidigung schuldig, weil man fürchtet, daß, wenn Adler vor die Geschworenen käme, er überhaupt frei ausgehen würde. Vor dem Apellgericht hat unser Genosse aber doch noch durchgesetzt, daß das Schwurgericht über die Sache verhandelt. Das Apellgericht entschied, daß Adler nur wegen Aufreizung gegen die Regierung verfolgt werden könne und beschloß zu diesem Zwecke, die Akten der Staatsanwaltschaft zu übermitteln. Ob diese inzwischen mehr Geschmack an dem Prozeß gefunden hat, bleibt abzuwarten.

Ein tragisches Schicksal. Aus Wien berichtet das dortige „Vaterland" unterm 23. d. Mts.: Heute sind zwölf Jahre verflossen, seitdem der damals fünfzehnjährige Schüler am Brünner Staatsgymnasium, Anton Cana, im Krankensaale Nr. 91 — Klinik des Hofrathes Rothnagel — an allmäligem Muskelschwund hoffnungslos darniederliegt und nur durch eine außerordentlich sorgfältige und zielbewußte Behandlung und Pflege erhalten wird. Cana, dessen Intelligenz und geistige Kräfte nicht stark gelitten haben, ist seit etwa sechs Jahren physisch ein Lebendigtodter, der, beständig an's Bett gefesselt, das ihm zur zweiten Heimath gewordene Krankenzimmer während der letzten sechs Jahre nicht mehr verlassen konnte, seinen höchst traurigen Zustand jedoch in beispiellos bewunderungswürdiger Weise erträgt. In früheren Jahren vermochte er noch, sich in den Parkanlagen des Spitals, wohin er von den ihn aufopfernd und liebevoll pflegenden Wärterinnen in einem Krankenstuhle getragen worden war zu erfreuen, sowie durch Schreiben und Lesen sich zu vergnügen — seit 6 Jahren muß der moderne Hiob infolge des Fortschreitens der fürchterlichen, oft mit großen Schmerzen verbundenen Krankheit, die auch eine bedeutende Abnahme der Sehkraft zur Folge haben sollte, mit schwerem Herzen darauf verzichten. Gutherzige Patienten und Wärterinnen pflegen dem Aermsten aus Büchern und Zeitungen vorzulesen; das ist Alles. Psychologisch interessant ist der Wunsch, den der junge Mensch anläßlich seines heutigen Gedenktages zum Ausdruck brachte. Er sagte nämlich in seiner rührend naiven Weise, am allerliebsten wäre ihm eine telephonische Verbindung mit unserem — Hofoperntheater, um allabendlich die Vorstellungen hören zu können. Das wäre die einzige Freude und der einzige Trost, die ihm noch bereitet werden könnten. Sein heutiges „Jubiläum" brachte ihm einige prächtige Blumentöpfe ein, und er schien sich über diese duftige Ueberraschung ein wenig zu freuen. Im verflossenen Jahre sollte er den Aufenthalt auf der Klinik mit jenem im Hause der Barmherzigkeit für unheilbare Kranke vertauschen, wurde jedoch auf seinen sehnlichen Wunsch auf der Klinik behalten, wo er sein ferneres Leben beschließen will.

Eine Ballonfahrt über die Alpen. Bisher sind die Alpen noch niemals im Ballon überquert worden. Nun ist den in Straßburg erscheinenden „Aëronautischen Mittheilungen" zufolge der Plan gefaßt worden, eine solche Ballonfahrt zu unternehmen. Im Herbste, wo bei heller Witterung oft viele Tage lang ein sanfter Südwind weht, soll eine wissenschaftliche Expedition aus dem südlichen Theil der Alpen (z. B. Zermatt) oder vom Südfuß der Alpen aufsteigen. Die Fahrt soll anhaltend in einer Höhe von 5000 Metern in einem mit Wasserstoffgas gefüllten Ballon von drei Personen unternommen werden. Die Ballonfahrt über die Alpen soll dazu dienen, eine möglichst große Anzahl guter photographischer Aufnahmen zu topographischen, kartographischen und geologisch-geographischen Zwecken zu machen, ferner meteorologische Beobachtungen, Lichterscheinungen der Atmosphäre ꝛc. zu verfolgen und zu notieren.

Literarisches.

Die Illustrirte Romanbibliothek „In freien Stunden" kündigt an, daß sie nach Abschluß des seinem Ende sich nähernden Romans „Der Zöllner von Klausen" einen Roman von Friedrich Spielhagen bringen wird, nämlich den stimmungsvollen Roman „Was die Schwalbe sang", in welchem der gefeierte Dichter das Problem behandelt von dem Wiedererwachen getäuschter und begrabener Jugendliebe und von der Vereinigung der durch Gesetz und Ehe getrennten Liebenden. Die Illustrationen zu diesem Roman rühren von dem Münchener Maler J. Damberger her. Jedes illustrirte Heft zum Preise von 10 Pfg. bringt bekanntlich 24 Seiten Romantext und 2 Seiten kleines Feuilleton. Die eben ausgegebenen Hefte 12 und 13 enthalten: „Im Reiche der schlagenden Wetter" (ein Bild aus dem Bergarbeiterleben von E. Fournière) und eine kleine Humoreske „Der falsche Theaterarzt", sowie unter Dies und Jenes feuilletonistische und kulturhistorische Notizen und Humoristisches unter „Witz und Scherz".

---

schnüren von der Decke; die Wände bedeckten lange Papierstreifen mit Inschriften und Sinnsprüchen, und rings um den Saal waren kleine Ebenholztischchen aufgestellt mit ebensolchen, schön geschnitzten Stühlen zu beiden Seiten. Auf einem dieser Tischchen stand ein großer Kohlenbehälter mit einem Kessel für den Wein darüber, ein anderer größerer Tisch diente als Serviertisch, dicht besetzt mit Schalen und Schüsseln und Täßchen.

Es war köstlich anzusehen, unter welchen Verbeugungen und Ceremonien die Gäste Platz nahmen.

Der Hausherr hatte mir den Ehrenplatz zu seiner Linken angewiesen; die Höflichkeit erfordert es, zu warten, bis der Gastgeber Platz genommen hat, er aber lud seinerseits wieder die anderen Theilnehmer zum Sitzen ein; es vergingen wiederum einige Minuten, bis die Verbeugungen ihr Ende erreichten.

Mir zur Linken hatte eine der kleinen Dämchen Platz genommen, die fortwährend kicherte und mit ihren Kolleginnen Bemerkungen austauschte, die wohl uns Fremde betrafen. Der Tisch war über und über mit Speisen und Blumen bedeckt.

Große Schüsseln mit Enten, Schinken, Gemüsen und Früchten prangten auf dem Tische und über jede Schüssel waren noch Blumen gestreut.

Die herrlichen Blumenvasen, Schüsseln, kleinen Thee- und Weintäßchen, die vor jedem Gaste standen, waren aus feinstem Porzellan.

Zu meinem Schrecken bemerkte ich, daß neben meinem Tellerchen nicht Messer und Gabel, sondern nur Chop Sticks lagen.

Weiß der geneigte Leser, was Chop Sticks sind? Die Chinesen ebenso wie die Japanesen essen nur mit zwei, etwa 20 Centimeter langen Stäbchen, die den Netznadeln unserer Damen auf ein Haar gleichen. Gewöhnlich sind sie aus Holz geschnitzt, in diesem Falle waren sie aus Elfenbein und hatten überdies noch hübsch ziselirte silberne Köpfe, aber was nützte mir das kostbare Material, da ich auf ihren Gebrauch noch nicht eingedrillt war?

Die Chinesen nehmen sie in eine Hand derart, daß der Zeigefinger zwischen ihnen liegt, und handhaben sie so geschickt, daß sie selbst einige Reiskörner damit aufnehmen können. So haben sie es schon vor Jahrtausenden gethan, während unsere Vorfahren noch im siebzehnten Jahrhundert mit den — Fingern aßen und keine Teller kannten!

Wem kommt nicht die Verordnung der Kaiserin Maria Theresia in den Sinn, in welcher sie den Offizieren verbot, an der Hoftafel mit den Fingern zu essen oder sich die Nase am Rockärmel abzuwischen?

Und dachte machte ich diesmal im Stillen den Chinesen den Vorwurf, daß sie noch keine Gabeln besaßen, denn wie sollte ich denn all die guten Dinge essen?

Sollte ich wie Ludwig XIII. von Frankreich auch die Finger gebrauchen?

Die Antwort gab mir mein Gastherr selbst, als er zu Beginn der Mahlzeit seinen kleinen Porzellanbecher mit warmem Reiswein „Samschu", d. h. „dreimal gebrannt" zur Hand nahm, um mir Gelegenheit zu geben, die chinesische Küche kennen zu lernen.

Dazu gehörten auch die Chop Sticks. Er hoffe, ich werde dieselben noch recht häufig in seinem Hause gebrauchen.

Darauf leerte er sein Schälchen Wein, und sich gegen mich verneigend, drehte er das Schälchen in seiner Hand elegant um.

In ähnlicher Weise zeigten mir auch die andern Gäste ihre geleerten Samschulschälchen, und ich mußte selbstverständlich das Gleiche thun.

Der Geschmack des Weines war wie lauwarmer, scharfer Sherry.

(Fortsetzung folgt).

Verantwortlicher Redakteur: August Kasch. Verleger: Theod. Schwartz. Druck von Friedr. Meyer u. Co., sämmtliche in Lübeck.